

# blz

ZEITSCHRIFT DER **GEW** BERLIN

67.(82.) JAHRGANG

OKTOBER 2014

*Wenn aus Kinderschützern  
überforderte Fließbandarbeiter werden ...*



SCHULE  
**Bonus-Programm**

HOCHSCHULE  
**Aktionstag Lehrbeauftragte**

SERVICE  
**50 Jahre Schulspiel**

## INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | ..... 3-5

## TITEL

Wenn aus Kinderschützern überforderte  
Fließbandarbeiter werden *Katrin Laab* ..... 7

## SCHULE

Bitte nachbessern *Nuri Kiefer* ..... 10  
Wunderwaffe oder Fetisch *Ingrid Willam* ..... 13

## HOCHSCHULE

Aktionstag der Lehrbeauftragten *Linda Guzzetti* ..... 14  
Großer Wurf oder fauler Zauber *Henrik Piltz* ..... 15  
Gemeinsamkeiten in Tabus *Luise B. Flacke* ..... 17

## GEWERKSCHAFT

Gaby geht *Detlef Mücke / Thomas Thieme* ..... 20  
Die Beamtengehälter werden erhöht *Peter Baumann* ..... 22  
Europa-BücherboxX *Junge Alte* ..... 23

## RECHT & TARIF

Kurzmeldungen ..... 24

## TENDENZEN

Produktivität schlägt Demografie *Harald Freiling* ..... 26

## GLOSSE

»Sind Sie der Hausmeister?« *Gabriele Frydrych* ..... 28

## BÜCHER

Zeitliche Herausforderungen  
in der Berufsvorbereitung *Stefan Dornbach* ..... 29

## SERVICE

50 Jahre Schulspiel und Theaterpädagogik *Marlies Krause* ..... 30  
So fing es einmal an *Sabine Leetz* ..... 31  
Theater und Schule | Fortbildung | Materialien ..... 32

Dieser blz liegt ein Prospekt der Theatergemeinde bei.

## IMPRESSUM

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).  
Redaktion: Klaus Will (Koordinierung, Foto- und Schlussredaktion), Richardo Zeh, Martina Brömme,

Ralf Schwick, Folker Schmidt, Christiane Thöne, Josef Hofmann  
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49,  
E-Mail blz@gew-berlin.de  
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.  
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 12 vom 1. November 2013

Satz, Layout und Konzept:  
bleifrei Texte + Grafik / Claudia Sikora / Jürgen Brauweiler  
Erkelenzdammer 9, 10999 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de  
Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin  
ISSN 0944-3207

10/2014: 25.500



10 SCHULE Bietet das Bonus-Programm für Schulen in schwieriger Lage wirklich sinnvolle Lösungen oder ist es wieder nur ein Versuch, eine gute Ausstattung aller Schulen zu umgehen? Und öffnet es nicht auch das Tor für eine weitere Ökonomisierung? Nuri Kiefer hat genauer hingeschaut.



17 HOCHSCHULE Die Interessen der GEW überschneiden sich in Vielem mit denen der Fachgesellschaft für Hochschulforschung. Das stellt unsere Autorin vor allem anhand des von ihr als Tabuthema identifizierten Bereichs »Forschung zu den Arbeitsbedingungen an Hochschulen« fest.



26 TENDENZEN Der Wissenschaftler Gerd Bosbach hält die Panikmache um den Geburtenrückgang und die unsichere Rente vor allem für interessengeleitet. Harald Freiling von der hessischen GEW fragt beim Professor kritisch nach.

## LEUTE

**Ulrike Becker** ist seit November 2013 Leiterin der heutigen Refik-Veseli-Sekundarschule in Kreuzberg. Mit der neuen Schulleiterin und einem neuen Namen will die Schule, die aus der Fusion der Carl-Zelter-Hauptschule und der Eberhard-Klein-Schule entstanden ist, ihre alten Probleme hinter sich lassen. Ulrike Becker ist ausgewiesene Integrationsexpertin (siehe auch Februar-blz 2011) und war zuvor Schulleiterin eines Förderzentrums in Schöneberg. Mit einem neuen Schulkonzept, das auch einen Montessori-Zweig umfasst und eine eigenen Oberstufe anstrebt, will sie die Schule wieder attraktiv machen.

**Sabine Smentek**, Bildungsstadträtin in Berlin-Mitte, muss sich ständig dafür rechtfertigen, dass ihrem Bezirk die Schulgebäude so teuer zu stehen kommen. Über alle Schulgremien hinweg hatte sie deswegen im Alleingang in der BVV den Antrag eingebracht, das Max-Plank-Gymnasium in Alt-Mitte zu schließen. Damit wäre die einzige Oberschule im Kiez zwischen Alexanderplatz und Fischerinsel verschwunden. Nach breitem Protest von SchülerInnen, Eltern, Lehrkräften, Parteien und der GEW musste Smentek den Beschluss wieder zurücknehmen.

**Annelie Buntenbach**, DGB-Vorstandsmitglied, ist auf der Jahrestagung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in deren Verwaltungsrat gewählt worden. Sie folgt dem ehemaligen DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, der seit 2008 Mitglied im Verwaltungsrat war. Der Rat wird für drei Jahre gewählt. Mitglied sind jeweils 14 VertreterInnen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden sowie 28 RegierungsvertreterInnen der 183 ILO-Mitgliedsstaaten.

**Jeff Bezos**, Chef von Amazon und der weltweit größte Online-Versandhändler, wurde auf dem Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) in Berlin zum »Schlechtesten Arbeitgeber der Welt« ernannt. Amazon sei ein reiches amerikanisches Unternehmen, das weltweit agiere und dabei die Würde und Rechte von Beschäftigten missachte. Insgesamt wurden über 20.000 Stimmen für neun Unternehmen abgegeben, die wegen ihrer Missachtung von Arbeiterrechten ausgewählt worden waren. ■



FOTO: KAY HERSCHELMANN

## Her mit den Bafög-Millionen

Die zusätzlichen Gelder müssen in die Bildung fließen und nicht in den allgemeinen Etat

von Rainer Hansel, Vorstandsbereich Hochschulen und LehrerInnenbildung

**B**und und Länder geben viel Geld für die Ausbildungsförderung aus – überwiegend für Studierende, und auch für SchülerInnen. Im Bafög-System selbst gibt es erheblichen Überarbeitungsbedarf, das hier aber nur am Rande. Aber jetzt steht eine Änderung an. Denn mit der Föderalismusreform haben die Länder vor Jahren durchgesetzt, dass die Bildung ausschließlich Länderangelegenheit ist, und haben mit dem sogenannten Kooperationsverbot erreicht, dass der Bund nur sehr eingeschränkt im Feld der Bildung aktiv sein kann. Bewährt hat sich diese Trennung nicht. Im Koalitionsprogramm der GROKO sind deshalb kleine Schritte zur Abkehr vom Kooperationsverbot vorgesehen. Die Bafög-Reform ist dazu ein erster Schritt.

Mit der vollständigen Übernahme der Kosten durch den Bund soll den Ländern Gelegenheit gegeben werden, die freiwerdenden Mittel zusätzlich und dauerhaft im Bildungsbereich einzusetzen. Ab 2015 könnte dadurch den Ländern gut eine Milliarde Euro jährlich zusätzlich zur Verfügung stehen. Für Berlin ist von einer Summe im hohen zweistelligen Millionenbereich die Rede. Das ist keine Kleinigkeit, andererseits ist es für den Abbau der Unterausstattung in den Bildungsbereichen der Stadt Berlin eher wenig.

Ganz frei ist der Weg, über diese Gelder verfügen zu können, noch nicht, weil die entsprechende Regelung vor dem Jahresende 2014 erst noch durch den Bundesrat muss und gekoppelt ist an die Lockerung des sogenannten Kooperationsverbots. Vorgesehen ist die Lockerung aber nur für den Hochschulbereich als kleinster gemeinsamer Nen-

ner der Großen Koalition. Gehen wir aber einmal davon aus, die Regelungen würden in Kraft treten. Nach den Ausgangsintentionen im Bund sollten mit der Übernahme der Bafög-Kosten durch den Bund diese Gelder in den Ländern vorrangig für die Hochschulen zusätzlich ausgegeben werden. Da allerdings keinerlei Zweckbindung für diese Gelder gegeben ist, wird es bis zum Einsatz der Mittel im Bildungsbereich ein langer Weg werden. Die Bundesbildungsministerin hat auf die Frage, ob sie sicher sei, dass die freiwerdenden Gelder auch tatsächlich in den Bildungsbereich fließen, geantwortet, dass das natürlich auch etwas mit Vertrauen zu tun habe und die Bundesregierung nicht die Verwendung jeden Cents überprüfen könne. Einige Länder haben schon angekündigt, Hochschulen und Schulen ausdrücklich nicht mit den freiwerdenden Bafög-Mitteln zu unterstützen.

**I**n Berlin ist es erstaunlich still, wenn es um die Themen Bafög-Reform und die Haltung des Landes Berlin zu den vorgesehenen gesetzlichen Änderungen im Bundesrat geht. Auch zur Frage der Aufhebung des Kooperationsverbots und zur Verwendung der Mittel hört man kein Wort. Bedenklich wird es aber, wenn man in diesem Zusammenhang Begriffe wie Haushaltssanierung, Verminderung des Defizits, Deckung der Vorleistungen des Landes hört. Wir werden die Politik mit den Entscheidungen zur Verwendung der Bafög-Millionen nicht unbehelligt lassen. Mischen wir uns ein – laut und deutlich: Her mit dem Geld für die Bildung. Über Schwerpunkte und Prioritäten können wir diskutieren. Über den Grundsatz nicht. ■



Am 9. September 2014 veranstaltete der Vorstandsbereich Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit eine Podiumsdiskussion zum Thema »Bezahlung bei freien Trägern der Eingliederungshilfe«. Am gleichen Tag streikten die KollegInnen von *aktion weiblich* (ein Träger der Behindertenhilfe) zum siebten Mal für einen Tarifvertrag. Sie bildeten das Empfangskomitee für die Teilnehmer der Podiumsdiskussion, die hochkarätig besetzt war. Neben den sozialpolitischen SprecherInnen der Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses waren anwesend Staatssekretär Gerstle von der Senatssozialverwaltung, der Geschäftsführer des Paritätärs und zwei Geschäftsführer von freien Trägern.

FOTO: ANDREAS KRAFT

auch weniger SchülerInnen gibt. Nach offiziellen Schätzungen sinken sie von zurzeit 11 Millionen auf nur noch 9,7 Millionen. Die GEW hält diese Zahlen für wenig aussagekräftig, da die Bundesländer die Daten nach unterschiedlichen Kriterien erheben. Außerdem sei beispielsweise der angestrebte weitere Ausbau der Ganztagschulen nicht berücksichtigt.

### **GEW ruft zur Hilfe für Opfer im Gaza-Krieg auf**

Mit Entsetzen und Fassungslosigkeit haben wir die Bilder vom jüngsten Gaza-Krieg wahrgenommen. Wie immer sind es vor allem Kinder, die unter der Gewalt des Krieges zu leiden haben. Nach Angaben der Vereinten Nationen ist jedes vierte Todesopfer im Krieg zwischen Israel und der Hamas ein Kind. Auch Lehrkräfte wurden getötet. Die palästinensische Lehrgewerkschaft GUPT beklagt in Gaza den Tod von mehr als dreißig KollegInnen. Weit größer noch ist die Zahl der palästinensischen Lehrkräfte, die Familienmitglieder verloren haben oder deren Häuser zerstört wurden. Die GEW ruft zu Spenden auf, um den betroffenen Lehrkräften und ihren Familien in dieser Notsituation zu helfen: [www.gew.de/Hilfe\\_fuer\\_Gaza.html](http://www.gew.de/Hilfe_fuer_Gaza.html), Spendenkonto: Heinrich-Rodenstein-Fonds, SEB Bank Frankfurt/Main, IBAN: DE97 5001 0111 1707 2747 00, BIC: ESSEDE5F, Stichwort: Gaza-Hilfe

### **Grundschulen: Die Stelle der Konrektorin ist unattraktiv**

An Berliner Grundschulen waren zu Schuljahresbeginn 2014/15 über ein Drittel der Stellen für KonrektorInnen nicht besetzt. Das geht aus der Antwort der Senatsbildungsverwaltung auf eine Anfrage im Abgeordnetenhaus hervor (DS 17/14332). Dieser Zustand belastet die Schulen und die Kollegien zusätzlich. Zumal die nicht besetzten Stellen teilweise über Jahre hinweg nur kommissarisch besetzt werden und die KollegInnen dafür nicht einmal entsprechend entlohnt werden. Die Verzögerung bei der Stellenbesetzung ist also auch ein Sparprogramm. Die Situation entsteht aber vor allem dadurch, dass es zu wenige BewerberInnen gibt. Was nicht verwundert: In einer Schule mit bis zu 360 SchülerInnen gibt es für die Konrektorin lediglich A12 plus Stellenzulage, bei über 360 SchülerInnen maxi-

### **35-Stunden-Woche: Meilenstein der Tarifgeschichte**

Vor 30 Jahren streikten Beschäftigte in der Metallindustrie sieben Wochen und die Beschäftigten in der Druckindustrie zwölf Wochen für die Einführung der 35-Stunden-Woche. Im Ergebnis konnte dann 1984 in einem ersten Schritt die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 38,5 Stunden bei vollem Lohnausgleich durchgesetzt werden. Allerdings dauerte es rund ein weiteres Jahrzehnt, bis 1995 die 35-Stunden-Woche als tarifliche Wochenarbeitszeit in der Metall- und in der Druckindustrie endgültig erreicht war.

### **Die Freie Universität will mehr Lehrkräfte ausbilden**

Der Beilage der Freien Universität (FU) im *Tagesspiegel* vom August ist zu entnehmen, dass diese Universität durch die Gründung eines »Zentrums für Lehrerbildung« im Jahr 2006 der zu geringen Zahl der LehramtsabsolventInnen in Berlin entgegenwirkt. Im Anschluss daran erklärt Universitätspräsident Peter-André Alt, aus welchen Gründen der Lehramtsberuf heutzutage nicht mehr so anstrengenswert ist: Berlin verbeamtet

nicht mehr, die Berliner Schulsituation sei sozial schwierig und der Beruf biete nicht mehr das Prestige früherer Jahre. Warum die optimale Ausbildungsmöglichkeiten bietende Freie Universität vom Jahr 2006, der Installierung des Lehrerbildungszentrums, bis zum Jahr 2013 rückläufige Lehramtsstudierendenzahlen aufweist und vor allem, warum das ab sofort anders werden sollte, hinterfragt FU-Präsident Alt nicht. Gleichwohl hoffen wir mit ihm. Denn er hat recht: Berlin braucht mehr Lehrkräfte!

### **Umstrittene Zahlen bei der Entwicklung der SchülerInnen**

Nach Daten des Statistischen Bundesamtes gingen im Jahr 2012 fast 24.400 Lehrkräfte in Pension. Das waren rund 40 Prozent mehr als vor zehn Jahren. Wegen der Einstellungswelle während der 1970er Jahre ist zurzeit jede vierte Lehrkraft älter als 55 Jahre. Ob es in Deutschland deswegen zu einem akuten Lehrermangel kommt, ist strittig. So geht die Kultusministerkonferenz davon aus, dass die Zahl der Neueinstellungen bis zum Jahr 2025 trotz der Pensionierungswelle schrittweise von derzeit jährlich 30.000 auf 20.000 sinkt, da es

mal A13 mit Stellenzulage. Außerdem ist die Abminderung der Unterrichtsstunden um 7 bis 10 Stunden völlig unzureichend. Die GEW BERLIN fordert, die Leitungsstellen an Grundschulen wie an den Integrierten Sekundarschulen zu besolden. Denn die Aufgaben, die ein Leitungsteam an einer Grundschule zu erbringen hat, stehen qualitativ und quantitativ denen an Sekundarschulen in nichts nach.

### Die AG Frieden rüstet Bundeswehrmaterialien ab

Auch dieses Schuljahr wirbt die Bundeswehr wieder massiv mit Schulmaterialien um SchülerInnen. Sowohl die Form als auch der Inhalt dieser Werbung sind aber nicht mit den erzieherischen Zielen von Schule vereinbar. Lachende Jugendliche, Abenteuercamps, Reisen und Ähnliches täuschen über den Zweck der Ausbildung in der Bundeswehr hinweg. Abenteuer zu versprechen, aber das Sterben und Töten im militärischen Einsatz zu verschweigen, widerspricht der friedlichen Ausrichtung von Schule. Die GEW fordert alle Lehrkräfte auf, diese Materialien nicht an SchülerInnen weiterzugeben. Oder aber die Hefte zuvor entsprechend »abzurüsten«. Die AG Frieden der GEW bietet an, die SchülerInnen zu begleiten. Wir heften die Materialien um, die Hefte können mit einer Friedenstaube gestaltet und eigene Buttons hergestellt werden. Heft- und Buttonmaschine bringen wir mit. Fordert uns an unter: [ag-frieden@gew-berlin.de](mailto:ag-frieden@gew-berlin.de)

### Dänemark: Deutsch als Fremdsprache jetzt obligatorisch

Von diesem Schuljahr an lernen alle Kinder in der dänischen Grundschule ab der 5. Klasse Deutsch als zweite Fremdsprache. Die Ziele des dänischen Deutschlehrerverbands und Forderungen aus der Wirtschaft sind damit erreicht – allerdings nur zum Teil. Der Deutschunterricht beginnt nun zwar zwei Jahre früher und ist für alle SchülerInnen verpflichtend, die Gesamtstundenzahl ist jedoch gleichgeblieben. Dennoch wird der frühere Beginn des Deutschunterrichts, der Sprache des Nachbarlands und größten Handelspartners Dänemarks, sehr begrüßt. Je früher eine Fremdsprache gelernt werden kann, desto leichter eignen sich die SchülerInnen diese an. Daher beginnt auch der Englischunterricht nun nach der Schul-

## WIR BRAUCHEN FRISCHES BLUT

*Liebe KollegInnen*, die blz-Redaktion braucht frisches Blut: Gesucht werden weitere RedakteurInnen, die mit uns für eine spannende, informierende und aktuelle Mitgliederzeitschrift sorgen wollen. Als Teil der Redaktion der blz ist man beteiligt daran, was in unserem Mitglieder-Magazin steht, und nicht zuletzt auch, wie die Themen optisch gestaltet werden. Die blz-Redaktion trifft sich an zwei Donnerstagen im Monat zur Schlussredaktion (18 bis 20.30 Uhr) und zur Abnahme (18 bis 19.00 Uhr). Bei der Schlussredaktion werden die eingegangenen Artikel diskutiert und entschieden, welche Artikel wann und wie in der blz erscheinen. Danach bearbeitet dann jedes Redaktionsmitglied zuhause 2-3 der ausgewählten Texte formal und stilistisch für den Abdruck. Ziel ist eine gut lesbare und informative Zeitschrift, die auch optisch eine angenehme Ausstrahlung hat. Schön ist natürlich auch, dass man jeden Monat das Ergebnis seiner Bemühungen in die Hand bekommt. Da muss man oft viel länger warten bei der gewerkschaftlichen Arbeit. Grundsätzlich ist es gut, wenn Redaktionsmitglieder auch ab und zu einen Artikel schreiben, aber das ist keine zwingende Voraussetzung. Die Arbeit im Redaktionsteam macht Spaß, die Sitzungen verlaufen in angenehmer Atmosphäre. Wer Interesse hat, meldet sich bei mir. Ich gebe euch gerne weitere Informationen und insbesondere unseren Zeitplan. Ihr kommt dann einfach vorbei und schaut euch mal die blz-Redaktion in Echtzeit an: Kostenlos und unverbindlich! Einfach melden bei [Caroline.munozdelrio@gew-berlin.de](mailto:Caroline.munozdelrio@gew-berlin.de)

*Caroline Muñoz del Río für die Redaktion der blz*

reform schon in der ersten statt in der dritten Klasse, in der 7. Klasse kann eine 3. Fremdsprache gewählt werden. (Nach Berlingske Tidende vom 14. August 2014 von Marlies Krause) Der Originalartikel unter [www.b.dk/nationaltysk-er-nu-rykket-ind-i-5.-klasse](http://www.b.dk/nationaltysk-er-nu-rykket-ind-i-5.-klasse)

### Nur wenige Frauen in der Schulleitung

Frauen sind in den Schulleitungen der Berliner Schule noch immer unterrepräsentiert. So gibt es in den Grundschulen knapp 87 Prozent weibliche Lehrkräfte, aber nur 63 Prozent der Grundschulen haben eine Schulleiterin. In den Gymnasien sind die Lehrkräfte zwar zu 64 Prozent weiblich, aber nur 37 Prozent der Gymnasien werden von Frauen geleitet. Nimmt man alle Leitungspositionen am Gymnasium zusammen, also auch stellvertretende Schulleitung, FachleiterInnen und andere Positionen, dann kommen Frauen auf einen Anteil von 50 Prozent. Nur die beruflichen Schulen können das toppen: Bei einem Frauenanteil von 54 Prozent besetzen sie dort nur 29 Prozent der SchulleiterInnenstellen und 43 Prozent der Leitungsstellen insgesamt. Wer es genauer wissen will: Die Antwort auf eine Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus ist zu finden unter <http://pardok.parlament-berlin.de> (Anfrage 17/13938)

## ÜBRIGENS

Nach längerer Sommerpause wieder eine meiner geliebten Redaktions-sitzungen. Wieder machen wir uns Gedanken über die Ergänzung der Redaktion, zumal Rico auszuschneiden droht. Darüber werden wir bei unserer Klausurtagung Anfang November in Erkner dringend beraten müssen.

Bedauerlicherweise muss der vorgesehene und von Luise Flacke rechtzeitig fertiggestellte Titel-Artikel von der Redaktion einmütig in die Rubrik »Hochschule« verschoben werden. Ein anderer Artikel, der sich mit der Überlastung der MitarbeiterInnen der Allgemeinen Sozialpädagogischen Dienste der Jugendämter befasst, ist uns wichtiger. Die Gefährdung des Wohls von Kindern darf nicht mit der Politik des Einsparens von Personalmitteln weitergetrieben werden.

Etwas anderes geistert in mir seit der letzten Sitzung im Kopf herum: Klaus hat beiläufig erwähnt, dass er ja nächstes Jahr in Rente geht. Obwohl uns das allen ja hätte klar sein müssen, kommt es nun doch wieder mal überraschend. Die blz ohne Klaus! Irgendwie wird auch das gehen; muss es ja. Aber schwierig wird es wieder mal werden ...

FS

*Redaktionsschluss blz 12/2014: 31. Oktober 2014  
Redaktionsschluss blz 1/2015: 28. November 2014*



# Wenn aus Kinderschützern überforderte Fließbandarbeiter werden

Ein kleiner Einblick in die Arbeit der Allgemeinen Sozialpädagogischen Dienste der Jugendämter

von Katrin Laaf, Sozialpädagogin B.A.



kennen und die Zustände verändern. So geht es nicht weiter! Wir alle müssen etwas tun! Es ist zu skandalös, als dass man mit der Haltung »Es ändert sich ja sowieso nichts!« resigniert die Hände in den Schoß legen kann. In den Medien sehen wir in trauriger Regelmäßigkeit das Ergebnis des kranken Systems: Ein Kind wird misshandelt oder kommt gar zu Tode. Die Ursachen bleiben meist verborgen und werden nicht hinterfragt. In den Medien wird dann plakativ ein Fall vorgestellt, der darstellen soll, was im Familien-, Jugendhilfe- und Gesellschaftssystem falsch läuft. Da wir die Menschen schützen und öffentliche Entwürdigungen verhindern wollen, sollten wir andere Wege finden, die Missstände öffentlich zu machen! Wir müssen kreativ sein. Die weißen Fahnen waren ein Anfang. Es müssen weitere Aktionen folgen – in Berlin und im Rest der Republik –, solange bis sich grundlegend etwas verändert hat.

### Was ist da los im Sozialpädagogischen Dienst?

Seit Jahren weisen Medien auf die Missstände hin. Beschäftigte zeigten ihre Überlastungen an, JugendamtsleiterInnen schrieben einen Brandbrief und die Vorsitzenden der Jugendhilfeausschüsse machten auf die unhaltbaren Zustände aufmerksam. Nicht zuletzt trat der Jugendstadtrat für Jugend, Schule und Facility Management aus Berlin-Mitte, Ulrich Davids, im November 2013 zurück, weil er die Sparschwinge nicht mehr verantworten wollte. In der Presse wurde zwar überwiegend von seiner Überforderung berichtet. Die ist aber bei diesen drei großen Ressorts auch nicht verwunderlich. Vor allem weil es bei zwei dieser Ressorts wesentlich um Kinder geht. Während die politischen Ebenen die Verantwortung hin- und herschieben, passiert nichts: Gefährdete Kinder sind weiterhin überlasteten MitarbeiterInnen ausgeliefert und SozialpädagogInnen werden krank oder lassen sich versetzen.

In Berlin gibt es daher Teams im Regionalen Sozialpädagogischen Dienst (RSD), die nur noch aus zwei KollegInnen bestehen. Wenn man bedenkt, dass die Geschäftsordnung vorschreibt, dass man in einem Kinderschutzfall überhaupt nur zu zweit arbeiten darf, fragt man sich, wie diese personelle Ausstattung den Kinderschutz gewährleisten soll. Stirbt ein Kind, das unter der »Aufsicht« eines Jugendamtes stand, dann stehen die Jugendämter meist sehr weit oben auf der Liste der Beschuldigten. Zu lesen ist dann, die Jugendämter hätten »versagt«, die Beschäftigten hätten Fehler gemacht. Ich bin der Meinung, dass die Öffentlichkeit, die Medien und vor allem die Politik erst einmal analysieren sollten, was dazu führt, dass MitarbeiterInnen der Jugendämter »versagen«. Das kann durchaus auch eine unzureichende Ausbildung sein oder es fehlen mitunter menschliche Fähigkeiten. Hauptsächlich kommt es aber zu Fehleinschätzungen, weil MitarbeiterInnen sich nicht wirklich auf



Katrin Laaß

Ende 2013 hingen KollegInnen der Berliner Jugendämter und Notdienste weiße Tücher aus den Fenstern. Wir wollten darauf aufmerksam machen, dass die hohe Arbeitsbelastung durch die steigenden Fallzahlen bei gleichzeitigen ständigen Einsparungen im sozialen Bereich dazu führen, dass der Kinderschutz nicht mehr hinreichend gewährleistet ist. Die Botschaft:

### Wir kapitulieren vor der Arbeitsbelastung

Während die Berliner JugendstadträtInnen tagten, demonstrierten wir im Dezember 2013 vor der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft mit lautstarker Präsenz und mit Transparenten. Wir müssen endlich aufhören zu schweigen. Wir haben eine gesellschaftliche und moralische Pflicht, Missstände und Überlastungen anzuzeigen und öffentlich zu machen. Die Politik hat die gesellschaftliche und moralische Pflicht dies anzuer-



- ▶ eine Familie, auf die Menschen und ihre Schicksale konzentrieren können.

### Die Belastung hat Gründe

Eine MitarbeiterIn betreut mit einer Vollzeitstelle im Durchschnitt 90 Familien. Wenn man die verpflichtenden Sitzungen von der zur Verfügung gestellten Arbeitszeit abzieht, bleiben uns pro Monat gerade einmal rund eineinhalb Stunden pro Familie – einschließlich der daran hängenden Aufgaben wie die Dokumentation.

Ein Gespräch mit einer Familie oder einer Person dauert im Durchschnitt eine Stunde. Müssen Sprachmittler zur Verständigung eingesetzt werden, verdoppelt sich die Beratungszeit. Da Familien aus mehreren Personen bestehen, sind meist mehrere Gespräche notwendig. Die anderthalb Stunden reichen dementsprechend nicht einmal für eine Familie. Es kommen aber noch weitere alltägliche Aufgaben hinzu: Kontakt zu Schulen, Kindergärten, ÄrztInnen, Polizei und anderen Fachstellen aufnehmen, Hilfepläne und Gerichtsberichte verfassen, Kostenübernahmen fertigen, Personendaten und Anträge aufnehmen sowie die Anlagen zur Mitwirkungspflicht und potentieller Kostenbeteiligung erläutern, bei Kinderschutzmeldungen in kollegiale Beratung gehen und einen so genannten ersten Check ausfüllen, Berichte und Gutachten lesen, Kontakt mit den FamilienhelferInnen und Fachdiensten halten, Hilfekonferenzen organisieren, Schulhilfekonferenzen, Gerichtstermine und andere Fachrunden wahrnehmen, Fachdienstansfragen stellen, Statistikformulare ausfüllen, sich über sozialräumliche Angebote informieren und nicht zu vergessen: die Dokumentationen über die geführten Gespräche.



All das sind Tätigkeiten, deren Ergebnisse man nachweisen kann. Die Gesellschaft erwartet von uns, dass wir reflektierte und abgewogene Entscheidungen treffen und Einschätzungen vornehmen können, die das Wohl des Kindes sichern. Die Voraussetzung aber dafür, dass diese Arbeit gelingt, ist, dass wir uns um diese Familien hinreichend und gründlich Gedanken machen können. Diese Arbeit kann man nicht einfach nachweisen. Wir benötigen hierfür sehr viel Zeit, die aber im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Stunden nicht enthalten ist. Und so machen wir uns diese Gedanken dann in der Freizeit – wenn wir endlich mal zur Ruhe kommen.

### Tägliche Gratwanderung

Wir erarbeiten mit jeder Familie eine individuelle Lösung, damit Hilfen wirksam und nachhaltig sind und sie ohne staatliche Hilfe zurechtkommt. Es gibt keine Hilfe von der Stange.

Neben der Belastung durch die Fülle unserer Aufgaben, die fundierte Einschätzungen verhindern kann, kommt die Verantwortung hinzu, dass wir selbstverständlich die Rechte der BürgerInnen, der Familien, der KlientInnen nicht verletzen dürfen. So ist es eine Gratwanderung, zu entscheiden: Ist es noch möglich, die sorgeberechtigten Eltern in die Verantwortung zu nehmen? Oder müssen wir feststellen, dass die Eltern diese Verantwortung nicht mehr tragen können? Es ist eine Gratwanderung, zu entscheiden: Sind die seelischen Folgen größer, wenn das Kind in der Familie bleibt oder sind sie größer, wenn es aus der Familie herausgenommen wird?

### Super-Gau im Hamsterrad

Es gibt eine Reihe von Familien, die mit Unterstützung von Fachleuten und eigenen Ressourcen Lösungen entwickeln wollen. Wir haben es aber oft auch mit Menschen zu tun, die keine Hilfe wollen und die ihre Probleme ganz anders einschätzen als wir. Oder mit Eltern, die alles an den RSD abgeben wollen, obwohl sie selbst die Verantwortung durchaus wahrnehmen könnten. Wir haben mit Familien zu tun, die widersprüchliche Angaben machen und damit die Einschätzung für die KollegInnen noch schwieriger machen. Wir haben mit Familien zu tun, die völlig zerstritten sind. Wir haben mit Familien zu tun, bei denen wir zwar ein schlechtes Gefühl haben, aber wegen fehlender Fakten nichts tun können. Die Zusammenarbeit mit Eltern, die nicht motiviert sind, mit uns gemeinsam nach einer Lösung zu suchen, bedeutet für uns immer wieder einen großen Kraftakt. Wir haben für ihr Verhalten durchaus Verständnis, denn wir dringen schließlich in private Lebensbereiche ein. Wer will schon sein gesamtes Privatleben vor einer staatlichen Institution offenlegen?

## REGIONALER SOZIALPÄDAGOGISCHER DIENST (RSD)

Der Regionale Sozialpädagogische Dienst (RSD) ist der Basisdienst des Jugendamtes. Er ist Anlaufstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche bei familiären Problemen. Der RSD hilft, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu fördern, sie vor Gefahren zu schützen und die Erziehenden zu unterstützen. Hier finden Familien und alle, die Interesse am Leben und Alltag von jungen Menschen haben, AnsprechpartnerInnen. Ziel ist, Krisen- und Konfliktsituationen von Familien vorzubeugen und zu bewältigen. Dazu gehört auch, die Zuständigkeit von Spezialdiensten herauszufinden und sie in die Arbeit mit den Familien einzubeziehen. Der RSD informiert Betroffene über öffentliche Hilfen für junge Menschen und berät sie bei existenziellen Notlagen. Er vermittelt Hilfen zur Erziehung und sucht zusammen mit den Betroffenen und Trägern nach geeigneten Hilfen. Eine bedeutende Aufgabe des RSDs ist die Krisenhilfe und der Kinderschutz. (Aus: [http://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/org/jugend/regionale\\_sozialpaedagogische\\_dienste.html](http://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/org/jugend/regionale_sozialpaedagogische_dienste.html))

In diesem Jahr hatte das Jugendamt Friedrichshain-Kreuzberg bereits einmal für mehrere Tage das gesamte Amt geschlossen, um den Aktenstau aufzuarbeiten. Es wurden nur noch akute Notfälle bearbeitet. Für SozialarbeiterInnen, die in Familien bei Kinderschutzfällen arbeiten, ist diese Schließung ein großes Problem.



Es erfordert viel Empathie, um in solchen Fällen trotzdem eine Arbeitsbeziehung aufbauen zu können. Denn erst auf der Grundlage einer Arbeitsbeziehung kann man sich einen Überblick über die Probleme und Ressourcen der Menschen machen. Nur mit einem guten Überblick kann man in schwierigen Lebenslagen fundiert einschätzen, welche Lösungen für die Betroffenen sinnvoll sind. Während wir diese Aufgaben tagtäglich erledigen, bewahren wir in Krisen, zum Beispiel eine drohende Inobhutnahme von Kindern, einen kühlen Kopf und wägen alles genau zum Wohle des Kindes ab. Empathisch, aber Grenzen setzend und fordernd. Dabei ist eine Krisenbearbeitung nicht in ein oder zwei Stunden erledigt, sondern erst in ein oder zwei Arbeitstagen. Der Super-Gau kommt dann, wenn es noch eine weitere Krise gibt. Dann bleiben die alltäglichen Aufgaben liegen. So stapelt sich alles auf dem Schreibtisch. Unsere ganzen angesammelten Überstunden sollen wir im besten Fall auch noch abbummeln. Dann muss die Vertretung einspringen, die allerdings genauso überlastet ist. Und so wachsen die Stapel weiter auf den Schreibtischen. Während wir uns in einem Hamsterrad befinden, haben wir gar keine Zeit, uns den noch nicht so schlimmen Meldungen zu widmen. Das heißt: Prävention ist nicht möglich. Wir produzieren somit immer mehr Kinderschutzfälle.

### Eine politische Lösung gegen die soziale Ausgrenzung

Wir wollen unseren Job gut machen – im Interesse unserer KlientInnen und unserer eigenen Gesundheit! Wir wollen unsere Entscheidungen auf einer reflektierten, fachlichen Basis treffen. Wir können jedoch keine fachliche Arbeit leisten, wenn uns die Voraussetzungen dafür fehlen. Wir arbeiten mit Lebenslagen, die trotz unserer professionellen Distanz für uns eine enorme psychische Belastung bedeuten. Zudem decken wir während unserer Arbeit nicht nur individuelle Schicksale, sondern auch gesellschaftliche Missstände auf. Unsere Gesellschaft fördert soziale Ausgrenzung! Wenn sich nichts grundlegend am gegenwärtigen Sozialsystem ändert, dann wird sich auch nicht die Zahl derer verringern, die Unterstützung durch den RSD benötigen. Wenn sich diese Zahl nicht verringert, dann verringert sich auch nicht der Bedarf an mehr Personal oder die Anzahl der kranken Kollegen und derer, die gehen. Das wird sich weder durch eine stärkere Kontrolle noch durch eine Ausweitung der formalen Dokumentationsflut ändern.

Es ist ein Teufelskreis, aus dem man ohne kompetente politische Lösungen nicht herausfindet. Eine Kollegin beschrieb das einmal so: Ein Arbeiter muss am laufenden Fließband Eier behutsam in Schachteln einsortieren. Wenn man, wie oben erwähnt, davon ausgeht, dass jedes Ei eine individuelle Form hat und in eine passgenaue Schachtel muss, dann muss der Arbeiter noch sorgfältiger arbeiten. Der Arbeiter weiß auch nicht, wann welches

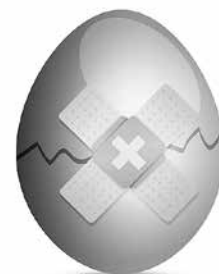
Ei mit welcher Form kommt, damit er vorher die passgenauen Schachteln bereitstellen kann. Das Fließband wird langsam aber stetig schneller. Außerdem werden immer mehr Eier auf das Band gelegt. Der Arbeiter schafft es nicht mehr alle Eier zu fassen und behutsam einzusortieren. Die Eier klatschen am Ende des Fließbandes auf den Boden. Wenn der Arbeiter auf die Toilette muss, muss ein Kollege, der an einem gleichen Fließband arbeitet, die Eier des anderen Arbeiters einsortieren. Und somit klatschen nun noch mehr Eier auf den Boden. Über diese auf dem Boden »zerplatzten Eier« berichten dann die Medien. Und was passiert dann eigentlich mit dem Arbeiter, der doch nur versucht hat, seinen Job gut zu machen?«

### Die öffentliche Wahrnehmung

Diese hochkomplexe schwierige Arbeitssituation des RSD in problembelasteten Familien ist in der Öffentlichkeit und sicher auch in der Politik kaum bekannt. Aufgrund des fehlenden Einblicks in diese verantwortungsvolle schwierige Aufgabe und aufgrund der Ignoranz gegenüber diesen Schwierigkeiten, ergibt sich schnell das weit verbreitete Image des Jugendamtes: »Entweder es kommt zu früh oder zu spät!« Diese Vorwürfe gehen an uns. Die Politik, die uns die Arbeit unendlich erschwert und sie oft unmöglich macht, schaut zu und spart weiter. Und das nicht nur bei uns, sondern auch in allen anderen sozialen Einrichtungen. Die Politik macht Kinder, Eltern, Angehörige und Beschäftigte systematisch krank.

Aber das ist kein Thema für die Presse. Stattdessen wird über Steuerhinterzieher, Diäten und Flughäfen berichtet. Bei uns läuten die Kinderschutzglocken erst, wenn beim Pädophilie-Skandal eines Politikers gefragt wird, wer wann welche Information zuerst hatte. Was ist hier eigentlich los? Welche Moral- und Wertevorstellungen herrschen hier vor?

Wenn Politik angesichts der beschriebenen Situation keine adäquaten Bedingungen für die soziale Arbeit im Jugendamt bereitstellt und sie die Beschäftigten – statt sie bei ihrer schwierigen Aufgabe zu unterstützen – immer mehr belastet und ihnen ihre Arbeit erschwert, dann können wir nur sagen: Wir weigern uns, weiterhin für Öffentlichkeit und Medien die Prügelknaben abzugeben und gesellschaftliche Missstände zu deckeln. ■





# Bitte nachbessern

Eine kritische Betrachtung des Bonus-Programms

von Nuri Kiefer, Vorstandsbereich Schule

Eigentlich sollte es am 1. Februar 2014 starten. Das von SPD-Fraktionschef Raed Saleh im April 2013 in der Koalition durchgesetzte »Bonusprogramm für Schulen in schwieriger Lage«. Ermittelt wurden 220 der 642 öffentlichen, allgemeinbildenden Schulen, die in den Genuss von 50.000 bis 100.000 Euro jährlich kommen sollten, je nach Anteil der lernmittelbefreiten SchülerInnen. Rund 100.000 von insgesamt 295.000 SchülerInnen in ganz Berlin sind von der Zahlung der Lernmittel befreit. Die

meisten der sogenannten Brennpunktschulen im Bonusprogramm liegen in Neukölln, lediglich drei in Steglitz-Zehlendorf. Immerhin fließen so rund 15 Millionen Euro jährlich zusätzlich in das Bildungssystem. »Das Bonusprogramm bietet keine Patentrezepte. Ich setze darauf, dass die 220 Schulen das Programm als flexibles Instrument nutzen, das sie in ihrem Engagement unterstützt, die Schülerinnen und Schüler noch besser als bisher zu fördern«, erklärte Bildungssenatorin Sandra Scheeres.

Große Hoffnung setzt die SPD und die von ihr verantwortete Bildungspolitik seither in das Programm, damit Brennpunktschulen bessere Bildungsbedingungen und vielfältige Bildungsmöglichkeiten für ihre SchülerInnen anbieten können. Ausgelegt ist es zunächst auf sechs Jahre und umfasst neben einer Basiszuweisung und einer Kooperationszuweisung, wenn beispielsweise verschiedene Bildungseinrichtungen miteinander einen Kooperationsvertrag schließen, auch einen erfolgsabhängigen Bonus. Diesem liegt



eine schulspezifische Zielvereinbarung mit der regionalen Schulaufsicht zugrunde. Ab dem dritten Jahr reduziert sich die Basiszuweisung, dafür steigt der Leistungsbonus in dem Umfang, wie die Basiszuweisung sinkt. Vorausgesetzt, die betreffenden Schulen setzen die Mittel im Sinne der Schulaufsicht erfolgreich ein. Diese erhalten dann über die gesamte Zeit den vollen Betrag. Für Schulen, die aus Sicht der Schulaufsicht nicht gleichermaßen erfolgreich sind, sinkt der Betrag entsprechend. Soweit die Theorie.

### Anlaufschwierigkeiten und Fallstricke

Aber wie viele andere Projekten konnte auch das Bonusprogramm erst mit einigen Wochen Verzögerung gestartet werden: Das Online-Portal, über welches die Verwaltung der schulischen Budgets erfolgt, stand nicht rechtzeitig zur Verfügung. Das führte mancherorts zu Stress, denn die jährlich bewilligten Gelder müssen immer bis Jahresende ausgegeben sein. Restmittel fließen zurück in den Staatshaushalt und können nicht übertragen werden.

Immerhin rechtzeitig wurden alle Leitungen der im Programm befindlichen Schulen von der Senatsverwaltung über die Verwendung der Mittel und die zu beachtenden Rechtsvorschriften informiert. Doch dabei traten auch Fragen und Probleme zutage, über die sich die InitiatorInnen im Vorfeld wohl nur unzureichend Gedanken gemacht haben. Die scheinbar unproblematischste und deshalb von der Verwaltung favorisierte Variante ist der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit einem Träger der freien Jugendhilfe, zum Beispiel für die Beschäftigung von sozialpädagogischem Personal. Dann ist nämlich der jeweilige Träger Arbeitgeber und für die Erbringung der vereinbarten Leistung verantwortlich. Allerdings gab es bereits vor dem Bonusprogramm in einzelnen Regionen der Stadt Personalengpässe bei ErzieherInnen und SozialpädagogInnen, sodass es je nach Standort schwierig sein wird, geeignete Personen zu finden. Schulleitungen können daneben aber auch Honorar- und Werkverträge mit Einzelpersonen oder Unternehmen abschließen. Und da wird es dann schon kniffliger, denn es gibt dabei viele rechtliche Vorgaben zu beachten. So darf mit den Mitteln keine Scheinselbstständigkeit begründet werden. Das im

Vorfeld zu prüfen, ist Aufgabe der Schulleitung.

Der Bereich, der vielen Leitungen und Kollegien aber am dringlichsten auf den Nägeln brennt, nämlich den Zustand des Schulgebäudes zu verbessern und damit die Schule attraktiver zu machen, kann mit dem Bonusprogramm nur in eng gesetzten Grenzen angegangen werden. Hier trat bei den eintägigen Schulungen an der Verwaltungsakademie schnell Ernüchterung auf, weil keine Ausgaben gemacht werden dürfen, für die der jeweilige Bezirk als Schulträger grundsätzlich verantwortlich ist. Was jedoch möglich sein soll und explizit auch als Beispiel in den Handreichungen erwähnt wird, ist der Aufbau und die Ausstattung einer Schulbibliothek, die nunmehr die Schulleitung selbstverantwortlich bei einem Schulausstatter in Auftrag geben kann. Doch da es sich hierbei um Summen von 10.000 Euro und mehr handelt, muss dieser das komplizierte Berliner Vergabe- und Haushaltsrecht beachten und hierfür eine ordnungsgemäße Ausschreibung starten. Dies ist ein sehr umfangreiches, zeitaufwändiges Unterfangen, das normalerweise in den Bezirken von entsprechend ausgebildetem Fachpersonal durchgeführt wird. Somit sind größere Auftragsvergaben im Rahmen des Bonusprogramms erhebliche rechtliche Fallstricke für die betroffenen Schulen. Denn macht die Schulleitung hier einen Fehler, kann dies Regressforderungen nach sich ziehen. Ganz zu schweigen von den langen Laufzeiten, die eine Ausschreibung nach sich zieht.

Wenn Senatorin Scheeres sagt: »Es sind keine ›Reparaturmittel‹ für gescheiterte Schulen, sondern zusätzliche Sozialstrukturen berücksichtigen und Leistung belohnen«, so muss dies mit Vehemenz gerade auch den Verantwort-

lichen in den Bezirken vermittelt werden. Uns erreichen schon erste Rückmeldungen, wonach Schulämter Brennpunktschulen Anträge auf notwendige Regelausstattung und bauliche Veränderungen mit Hinweis auf das Bonusprogramm verweigert haben. So war das nicht gedacht! Wir raten allen Schulleitungen dazu, derlei Vorkommnisse unverzüglich der Senatsbildungsverwaltung zu melden. Auch die GEW wird, sollte sie weitere Berichte diesbezüglich erhalten, hiergegen intervenieren.

### Kollegien müssen beteiligt werden

Viele der von uns befragten Kollegien von Brennpunktschulen berichten, dass sie das Bonusprogramm grundsätzlich gut finden, bei der Entscheidung der Schulleitung über die Verwendung ihrer Mittel jedoch kaum oder gar nicht informiert waren. Sie konnten sich somit auch nicht in eine Verbesserung der Situation ihrer Schule konstruktiv einbringen und Vorschläge für eine nachhaltige Schulentwicklung hin zum Positiven machen. Außerdem wissen viele Kollegien nicht, dass mit Mitteln des Bonusprogramms Fortbildungen für Lehrkräfteteams oder das ganze Kollegium finanziert werden können. Möglich, dass der erwähnte Zeitdruck, unter dem das Geld ausgegeben werden muss, dazu führt, dass viele Schulleitungen ohne ausreichende Mitbeteiligung der Gesamtkonferenzen über die Verwendung der Mittel entscheiden. Daher sollte ein Übertrag der Mittel auf Antrag der Schule nach Einzelfallprüfung künftig ermöglicht werden. Qualität und Sorgfalt müssen hier vor Schnelligkeit gehen. Bedenklich ist, dass bereits erste Projekte wie das Quartiersmanagement, die zuvor kostenfrei, weil fremdfinanziert, an

ANZEIGE

**GRIPS**

## Supergute Tage

oder die sonderbare Welt des Christopher Boone

nach dem Roman von Mark Haddon | Bühnenfassung von Simon Stephens  
Premiere am 7. November 2014 | ab 9. Klasse  
Vorstellungen im November 8. und 22., 19.30 Uhr | 10., 24. und 25., 11.00 Uhr

GRIPS Hansaplatz Altonaer Straße 22, Berlin | U9 Hansaplatz | S Bellevue | 030-39 7474-77 | grips-theater.de



## Zeugniserstellung leicht gemacht!

Neue Schulstruktur, neue Zeugnis-Formulare – kein Problem, wenn Sie mit dem GEW-Zeugnisprogramm arbeiten. Dort finden Sie alle aktuellen Formulare: Förderprognose für den Übergang am Ende der Grundschule, Formulare für die Integrierte Sekundarschule oder veränderte MSA-Zeugnisse.

Das Programm nimmt Ihnen nicht nur die lästige Schreiarbeit ab, sondern bietet Ihnen viele andere Hilfen für die tägliche Arbeit: Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen, eine Fehlzeitenverwaltung. Und nicht zuletzt: Die Programminhalte werden ständig aktualisiert. Praktisch, gut und immer aktuell: Wer bietet mehr?

Wer es nicht glaubt, kann's ausprobieren: Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen und ausgiebig testen. Sie werden feststellen, dass es nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt gibt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter [www.gew-berlin.de/zeugnis.php](http://www.gew-berlin.de/zeugnis.php).

### Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Integrierte Sekundarschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30,-	40,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter [www.gew-berlin.de](http://www.gew-berlin.de), Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen. Sonderformulare sind nach Absprache möglich.

Alle Informationen und Bestellmöglichkeiten unter

[www.gew-berlin.de/zeugnis.php](http://www.gew-berlin.de/zeugnis.php).

Bestellschein: siehe Seite 23

den Schulen liefern, künftig nur über Honorar- oder Werkvertrag bereit sind, ihr Engagement fortzusetzen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass bald weitere kommerzielle Anbieter im Bildungsbereich an den jährlich 15 Millionen Euro mitverdienen möchten. Ob alle auch seriös und professionell in der Lage sind, das anzubieten, was die Brennpunktschulen brauchen, bezweifeln wir. So stehen auch die von uns kritisch angesehenen Teach-first- und Turn-Around-Projekte im Zusammenhang mit dem Bonusprogramm wieder hoch im Kurs.

### Brennpunktschulen als neue »Restschulen«

Schlussendlich wird das Bonusprogramm den strukturellen Personalmangel gerade an Brennpunktschulen nicht ausgleichen können, zumal auch andere schulstrukturelle Gegebenheiten, die Schulen zu Brennpunktschulen machen, eine große Rolle spielen. Noch zu sehr ist das Berliner Schulsystem trotz Reformbemühungen ein System der sozialen Selektion und Segregation. Das zeigt sich auch daran, dass nur sehr wenige Schulen mit einer Oberstufe im Programm sind. Das Bonusprogramm allein wird die noch immer viel zu große Kluft zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg nicht wesentlich verringern können. Viele Sekundarschulen im Bonusprogramm sind inzwischen zu »Restschulen« geworden, an denen die Zahl der Erstanmeldungen in der Jahrgangsstufe 7 im zurückliegenden Anmeldezeitraum teilweise gegen Null tendierte. Die GEW wird daher die weitere Entwicklung an den Brennpunktschulen beobachten, die Kollegien dort unterstützen

und auf Nachbesserungen pochen, insbesondere was die Transparenz innerhalb der Schulen, aber auch aufseiten der Bildungspo-

litik anbelangt. Die kommt mitunter auf Ideen, die von herzlich wenig Sachverstand und Wertschätzung zeugen, wie die des Neuköllner SPD-Abgeordneten Joschka Langenbrinck, der Mitte August über die Presse und auch gegenüber der GEW auf schriftliche Nachfrage vorschlug, unattraktive Schulen vorübergehend zu schließen und das Personal sowie die Schulleitung auszuwechseln. Ferner fordert er, junge Lehrkräfte mit Hilfe von »Brennpunkt-Zulagen« an die schwierigsten Schulen zu locken. Und was ist mit den KollegInnen, die sich über Jahre trotz der schwierigen Arbeitsbedingungen für ihre Schule engagiert haben? Ein Gespräch, das der Vorstandsbereich Schule aufgrund dieser Äußerungen mit dem Abgeordneten für Mitte September vereinbart hat, soll unterstreichen, dass der GEW an einem konstruktiv-kritischen Dialog mit allen BildungspolitikernInnen der Stadt gelegen ist. Denn das Bonusprogramm muss weiterentwickelt und für die auftauchenden Probleme bei der Umsetzung müssen Lösungen gefunden werden.

### Nachbesserung erforderlich

Die Beschäftigten müssen bei der Verwendung der Mittel beteiligt werden. Die zu treffenden Zielvereinbarungen sollten realistisch und ehrlich sein, es darf nicht in bloßen Formalismus münden. Ferner müssen unbürokratische Wege gefunden werden, damit Schulen auch einen Teil des Geldes in ihre Ausstattung investieren können, ohne den Schulträger aus seiner Mitverantwortung zu entlassen. Der zunehmenden Kommerzialisierung von Bildung darf durch die Bonusmittel kein weiterer Vorschub geleistet werden. Besser als das Bonusprogramm wäre aus Sicht der GEW BERLIN aber, den Bezirken mehr Investitionsmitteln für ihre Schulgebäude zuzuweisen und über die Zumessungsrichtlinien die Brennpunktschulen direkt mit mehr gut ausgebildeten PädagogInnen auszustatten. ■



# Wunderwaffe oder Fetisch

## Diskussion um die Kompetenzorientierung im Unterricht

von Ingrid Willam, Studienrätin im Ruhestand

Im Rahmen der Sommeruniversität lud die *Cornelsen Stiftung Lehren und Lernen* zu einem öffentlichen Streitgespräch zwischen dem Bildungsforscher Olaf Köller und dem Didaktiker Hans Peter Klein zum Thema *Kompetenzorientierung in Schule: »Nein danke!«* ein. Die Veranstaltung fand im August 2014 im Henry-Ford-Bau der Freien Universität statt, war gut besucht und bot die Möglichkeit, zwei herausragende Wissenschaftler kennenzulernen, die in der aktuellen bildungswissenschaftlichen Debatte konträre Positionen vertreten.

Köller, empirischer Bildungsforscher, heute Direktor des IPN (Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik) an der Christian-Albrechts-Universität Kiel, wirkte federführend bei der Umsetzung der von der Kultusministerkonferenz vor zehn Jahren eingeführten nationalen Bildungsstandards mit, indem er Instrumente zu deren Überprüfung an Schulen entwickelte. In der Veranstaltung zog er eine positive Bilanz der Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung durch Definition von Kernkompetenzen, die zu einem System der Qualitätssicherung geführt haben. Nach dem PISA-Schock, der die Kompetenzdebatte auslöste, stehen die deutschen SchülerInnen nun im internationalen Vergleich weit besser da, was sich an der Zahl der Bildungsabschlüsse zeigt. Die politische Steuerung des Bildungssystems ist viel stärker outputorientiert als vor 15 Jahren.

### Scharfe Kritik

Klein, seit 2001 Inhaber des Lehrstuhls für Didaktik der Biowissenschaften an der Goethe-Universität in Frankfurt, ist ein scharfer Kritiker von Kompetenzorientierung und dem damit verbundenen Testwahn. In der Diskussion führte er aus, wie der Anschluss an das anglo-amerikanische Wettbewerbsprinzip in Deutschland zu einer Ökonomisierung

der Bildung geführt hat. Die Anzahl der AbiturientInnen habe zwar zugenommen, ihr Fachwissen und Urteilsvermögen seien oft aber unzureichend. Grund dafür sei die Überbewertung der methodischen Kompetenzen und die Vernachlässigung der Fachinhalte. Er machte dies anhand von einigen Abituraufgaben deutlich, die im Wesentlichen die Lesekompetenz der Prüflinge in den Mittelpunkt stellten, sie fachlich aber eindeutig unterforderten. Klein sieht hier die Gefahr, dass die SchülerInnen keine eigene Meinung mehr äußern sollen, sondern nur noch auf die Anforderungen der Wirtschaft vorbereitet werden. In der Auseinandersetzung mit Köller relativierte er seine Kritik dahingehend, dass ein guter Gedanke – die Kompetenzorientierung – seiner Meinung nach falsch umgesetzt werde.

### Eigene Erfahrungen

Auf der Grundlage meiner langjährigen Unterrichtstätigkeit im Bereich der Geisteswissenschaften (Deutsch / Englisch / Kommunikation) am Gymnasium und 26 Jahre am Oberstufenzentrum möchte ich zu dem Problem Stellung beziehen. Auch ich habe in den vergangenen Jahren im Deutschunterricht nach der Einführung des Zentralabiturs eine Vernachlässigung der Fachinhalte erlebt. Die Vorgaben, welche Texte im Unterricht zu behandeln sind, ließen oft kein klares Konzept erkennen. Mal wurde tief in die germanistische Mottenkiste gegriffen, mal ein Roman ausgewählt, der zu wenig Substanz enthält, um daraus ein tragfähiges Abiturthema zu entwickeln. Die Beliebigkeit der Auswahl ist ein Zeichen von Orientierungslosigkeit und auch ein Ausdruck der Entpolitisierung des Deutschunterrichts. Es geht nicht mehr darum, gesellschaftliche Be-

züge herzustellen oder Texte mit gesellschaftskritischer Tendenz zu lesen, sondern die SchülerInnen sollen nur noch Texte lesen und diese in der Prüfung mit anderen Texten vergleichen, was häufig dazu führt, dass das im Unterricht behandelte Werk nur noch eine Nebenrolle spielt.



Die immer umfangreicheren, künstlich aufgeblähten Erwartungshorizonte für die Fachhochschulreifeprüfung stellten oft die Textreproduktion in den Mittelpunkt und waren bei der Korrektur der Prüfungsarbeiten nicht unbedingt hilfreich.

Im Bereich der methodischen Schulung – Lesekompetenz, Kommunizieren, Präsentieren – haben wir in den letzten Jahren in der Schule deutliche Fortschritte gemacht. Die fachlichen und sozialen Kompetenzen der SchülerInnen müssen aber genauso gefördert werden, wenn wir unseren Bildungsauftrag ernst nehmen, ganzheitliche Persönlichkeiten zu bilden, die in der Lage sind, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen.

Abschließend noch ein Wort zur Rolle der Wirtschaft. Dazu enthielt unser Schulprogramm am Oberstufenzentrum den schönen Satz: »Wir verstehen Ökonomie nicht als Wert an sich, sondern als notwendiges Mittel zur Gestaltung einer menschenwürdigen Lebens- und Arbeitswelt.«

# Aktionstag der Lehrbeauftragten

Die Organisationen der Lehrbeauftragten kämpfen gegen prekäre Bedingungen

von Linda Guzzetti, Abteilung Wissenschaft

Mit einem Beschluss der Landesdelegiertenversammlung vom Juni 2014 ruft die GEW BERLIN (gemeinsam mit der Bundeskonferenz der Sprachlehrbeauftragten, der Bundeskonferenz der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen, der Deutschen Orchestervereinigung) zu einem Aktionstag der Lehrbeauftragten an den Berliner Hochschulen am 6. November 2014 auf. Mit dem Aktionstag möchten wir die Öffentlichkeit über die Situation der Lehrbeauftragten informieren und Forderungen an die Hochschulen und den Senat stellen. Die Hauptforderungen sind:

1. Dauerstellen für Daueraufgaben: Lehraufträge werden ausdrücklich auf ergänzende Lehrangebote begrenzt;
2. Anpassung der Lehrauftragsvergütungen an die Tarifentwicklung (TV-L) für das hauptberufliche Personal;
3. Vergütung auch der begleitenden sowie Folgetätigkeiten (Vor- und Nachbereitung der Lehrveranstaltungen, Korrekturen sowie Betreuung und Beratung der Studierenden, Wahrnehmung von Prüfungsverpflichtungen sowie Formen der online-Lehre);

4. Aktives und passives Wahlrecht der Lehrbeauftragten für die Personalräte. Vertretung der Lehrbeauftragten durch die Personalräte.

Wer nicht im Hochschulbereich arbeitet, fragt sich vielleicht, warum die Lehrbeauftragten, also qualifizierte Berufstätige, die ihr Wissen in die Hochschulen bringen, Forderungen haben. Leider besteht die Mehrheit der Lehrbeauftragten nicht aus externen ExpertInnen, obwohl diese Vertragsart eben für externe Personen gedacht ist, die über eine hauptamtliche Anstellung außerhalb von Hochschulen verfügen oder eine freiberufliche Tätigkeit ausüben.

Die Hochschulen benutzen aber immer häufiger die Lehraufträge, um Regellehre abzudecken. An den (Fach)Hochschulen, Musikhochschulen sowie an den Sprachenzentren beträgt das von Lehrbeauftragten erbrachte Lehrdeputat einen bedeutenden Anteil des Gesamtlehrdeputats (häufig über die Hälfte), wie aus den Antworten des Senats auf eine Anfrage im Abgeordnetenhaus hervorgeht, über die wir schon berichtet haben (Mai-

blz 14). Bei diesem Ausmaß kann von »ergänzendem Charakter« der Lehraufträge keine Rede sein.

Die Arbeitsbedingungen sind am problematischsten: Obwohl viele Lehrbeauftragte von ihrer Tätigkeit leben, sind sie keine Beschäftigten der Hochschulen, gelten auch nicht als arbeitnehmerähnlich, sondern sind einfach prekär tätig. Die Hochschulen beteiligen sich nicht an den Sozialversicherungen der Lehrbeauftragten, sodass diese auch den Arbeitgeberanteil der Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge zahlen müssen. Zudem gelten Lehrbeauftragte als »FreiberuflerInnen«, wodurch höhere Krankenkassenbeiträge entstehen. Sie haben weder Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall noch auf Mutterschutz und bezahlten Urlaub.

## Auf zum 6. November

Für einen erfolgreichen Aktionstag ist es notwendig, dass die GEW-Mitglieder in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung, in den Personalräten, unter den zentralen und dezentralen Frauenbeauftragten sowie in den Studierendenvertretungen die Arbeitsbedingungen der Lehrbeauftragten thematisieren und Anträge zur Unterstützung ihrer Forderungen stellen.

Der Ablauf des Aktionstags wird in den kommenden Wochen genauer bestimmt. Vorgesehen ist, tagsüber Infotische mit Flyern an zentralen Orten der einzelnen Hochschulen aufzustellen. Gegen Abend werden der Senatsverwaltung die Forderungen der Lehrbeauftragten im Rahmen einer Aktion mit Musik und Inszenierungen übergeben.



# Großer Wurf oder fauler Zauber?

Der versprochene Zuwachs im Bildungsbereich wird durch Verrechnungen aufgehoben



von Henrik Piltz, Abteilung Wissenschaft

Seit die Koalition am 27. Mai 2014 bekannt gegeben hat, welche Maßnahmen Teil ihres sechs Milliarden schweren Bildungspaketes sind, ist der Verteilungskampf eröffnet. Beispielsweise drohen die Hochschulrektoren mit dem Wegbrechen von Studienplätzen, sollte sich die Grundfinanzierung der Hochschulen nicht verbessern.

Die Große Koalition hingegen übt sich in Selbstgefälligkeit – und das nicht erst seit dem 27. Mai. Das sogenannte Paket für Bildung ist, zusammen mit der Mütterrente, dem Mindestlohn und der Neuausrichtung der Energiewende, für die Koalition eine prioritäre Maßnahme und ein wichtiger Schritt in Richtung Bildungsrepublik. Doch wie ein altes Sprichwort sagt: Eigenlob stinkt – und so zeigt sich bei genauerem Hinsehen, dass auch am Bildungspakt einiges faul ist.

## Das Paket für Bildung

Insgesamt umfasst das Paket für Bildung fünf konkrete Maßnahmen, die nach Berechnungen der Bundesregierung den Bund in dieser Legislaturperiode rund sechs Milliarden Euro kosten sollen. Die folgende Tabelle zeigt die geplanten Kosten der jeweiligen Maßnahmen sowie das Jahr, in dem sie voraussichtlich anfallen werden. (Siehe Tabelle 1)

Ziel des Pakets für Bildung ist zum einen, die Länder und Kommunen zu entlasten. Diese Entlastung erzeugt der Bund, indem er erstens die Kosten bereits vorhandener Leistungen teilweise oder vollständig übernimmt, zweitens Einnahmen, die ihm bisher zustehen, an die Länder überträgt sowie drittens durch die Aufstockung bestehender Programme. Zum Zweiten soll das Paket zu einer Steigerung der Bildungsausgaben insgesamt führen. Entweder direkt durch die Inanspruchnahme der aufgestockten Programme oder indirekt, indem der Bund die Länder und Kommunen auffordert, die im Zuge der Entlastung frei-

UMSETZUNG DES SECHS-MILLIARDEN-PAKETS FÜR BILDUNG				
Maßnahmen	2015	2016	2017	2014 bis 2017
	In Millionen Euro			
Vollständige Übernahme des Bafög durch den Bund	1.170	1.170	1.170	3.510
Novellierung des Bafög zum Wintersemester 2016/17		142	502	644
3. Phase des Hochschulpaktes 2020		459	912	1.371
Aufstockung des Sondervermögens zum Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren		200	250	450
Übertragung eines Festbetrags aus dem Umsatzsteueraufkommen des Bundes an die Länder			100	100
<b>Gesamt</b>	<b>1.170</b>	<b>1.971</b>	<b>2.934</b>	<b>6.075</b>

Tabelle 1: Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF), 2014

werdenden Finanzmittel im Bildungsbe- reich zu belassen und damit zusätzliche Angebote zu finanzieren.

## Mit Volldampf zur Bildungsrepublik?

Die Unterfinanzierung des deutschen Bildungssystems wurde spätestens mit dem Bildungsgipfel in Dresden von allen im Bundestag vertretenen Parteien anerkannt. Mit der Ausrufung der Bildungsrepublik wurde die Steigerung der Bildungsausgaben damals zur Chefsache erklärt und eine Steigerung der Bildungsausgaben auf sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) versprochen. Umso erschreckender ist daher die Tatsache, dass seitdem nur wenig passiert ist. Zwar ist ab 2009 ein Anstieg der öffentlichen Bildungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu beobachten, dieser ist jedoch weniger dem beherzten Eingreifen der Bildungspolitikern in Bund und Ländern geschuldet.

Zum Ersten bewirkte der starke Rückgang des BIP in 2009 einen rein statistischen Anstieg der öffentlichen Bildungsausgaben in Relation zum BIP. Zum Zweiten ergab sich aus der schnellen wirtschaftlichen Erholung und dem Zurückspringen des BIP auf Vorkrisenniveau für Bund und Länder eine verhältnismäßig günstige Entwicklung der Steuereinnahmen. Damit konnte eine Umsetzung der sogenannten Schuldenbremse zunächst ohne große Kürzungen erfolgen. Zum Dritten begünstigte die Aufstockung bestehender und die Umsetzung neuer oder bereits geplanter Bildungsprogramme (Bildungsinvestitionen im Rahmen der beiden Konjunkturprogramme, Qualitäts- pakt Lehre) des Bundes den Verbleib der Bildungsausgaben auf verhältnismäßig hohem Niveau. Diese Ursachen weisen jedoch bereits auf das Dilemma hin, in dem sich die Bildungsfinanzierung befindet: Zum Ersten werden die einmaligen Bildungsinvestitionen im Rahmen der ausgelaufenen Konjunkturprogram-

me zu einem dauerhaften Absinken der Bildungsausgaben führen. Zum Zweiten hat sich der Konjunkturverlauf wieder normalisiert, sodass eine Umsetzung der Schuldenbremse nicht ohne Kürzungen in den Bundes- und Länderhaushalten zu bewerkstelligen ist. In den mittelfristigen Finanzplanungen einiger Bundesländer sind deshalb bereits Kürzungen in den Bildungsbudgets vorgesehen. Zum Dritten beruht die Aufstockung der Bildungsausgaben des Bundes auf einer Ausweitung der entsprechenden Bildungsangebote. Die Zahl der Studierenden sowie der Kinder unter drei Jahren, die in einer Kindertageseinrichtung betreut werden, ist seit 2008 stark angestiegen. Für den Hochschulbereich lässt sich beispielsweise zeigen, dass die laufenden Ausgaben (Grundmittel) für Lehre und Forschung pro Studierenden seit 2008 rückläufig sind (Statistisches Bundesamt 2014b, S. 51). Wie wird sich nun das Paket für Bildung auf die Entwicklung der Bildungsausgaben auswirken?

### Koalition der großen RechenkünstlerInnen

Betrachten wir im ersten Schritt die Wirkung auf das Gesamtsystem: Für die Jahre 2015 bis 2017 stehen – nach Angaben der Bundesregierung – jährlich 1,9 Milliarden Euro zusätzlich für Bildungsausgaben zur Verfügung. Die Aufstockung des Sondervermögens wird hier nicht berücksichtigt, weil es sich um einen einmaligen Zuschuss handelt. Bei einem öffentlichen Gesamtbudget für Bildung in Höhe von 137,8 Milliarden Euro im Jahr 2010 ergibt sich eine Steigerung um weniger als 1,5 Prozent. Ein äußerst geringer Aufwuchs, insbesondere wenn man diese Summe mit Berechnungen zum Bedarf innerhalb des Bildungssystems vergleicht. Aktuelle Studien schätzen diesen auf 30 (Jaich 2008) bis über 50 Milliarden Euro pro Jahr (Piltz 2011).

Im zweiten Schritt ist die Wirkung der einzelnen Maßnahmen auf die jeweiligen Bildungsbereiche zu schätzen. Zum Ersten wären hier die 100 Millionen Euro zu nennen, die aus dem Umsatzsteueraufkommen des Bundes an die Länder transferiert werden sollen. Zusammen mit den 450 Millionen Euro zur Aufstockung des Sondervermögens soll hierdurch der Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren gefördert werden. Da es sich bei der Förderung der Kindertagesbetreuung überwie-

gend um einmalige Zuschüsse handelt, können hier nur geringere Verbesserungen festgestellt werden. Dies wird durch die aktuelle Debatte in den Bundesländern untermauert. So hat der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil angekündigt, die im Landeshaushalt freiwerdenden Finanzmittel im Zuge der vollständigen Übernahme des Bafög durch den Bund ausschließlich für die Qualitätsverbesserung in den Kindertagesstätten zu verwenden. Nach Berechnungen des Bundes beläuft sich diese Entlastung für Niedersachsen auf über 100 Millionen Euro, also ein Vielfaches der Summe, die es aus der Übertragung des Umsatzsteueraufkommens erhält.

Im Hochschulbereich ist zu Beginn die Ausfinanzierung der dritten Phase des Hochschulpaktes 2020 zu nennen. Diese soll 2016 starten und den Hochschulen in den Jahren 2016 und 2017 zusätzliche knapp 1,4 Milliarden Euro bringen. Bei den Berechnungen der Bundesregierung ist allerdings unberücksichtigt geblieben, dass parallel zum Start der dritten Phase des Hochschulpaktes 2020 die zweite Phase ausläuft. Die mit der zweiten Phase verbundenen Zahlungen des Bundes an die Hochschulen reduzieren sich in den Jahren 2016 und 2017 um fast exakt die gleiche Summe, die in diesen Jahren durch den Start der dritten Phase hinzukommen sollen.

Die größte Einzelmaßnahme zur Entlastung der Bundesländer ist die vollständige Übernahme des Bafögs durch den Bund. Diese soll den Ländern eine Entlastung in Höhe von 1,17 Milliarden Euro erbringen. Auch an dieser Stelle scheint es die Bundesregierung mit ihren Berechnungen nicht ganz so genau zu nehmen. Denn dieser Betrag entspricht dem gesamten Anteil der Bundesländer an den Auszahlungen an die Bafög-EmpfängerInnen. Darin ist ebenso der Darlehensanteil für das Studierenden-Bafög enthalten. Die Rückzahlungen dieser Darlehen erbrachten den Bundesländern im Jahr 2013 Einnahmen in Höhe von fast 190 Millionen Euro. Diese werden den Bundesländern in Zukunft fehlen und damit die Entlastungswirkung dieser Einzelmaßnahme erneut deutlich reduzieren. Die tatsächliche Entlastung könnte, wenn sie vollständig den Hochschulen zufließen würde, zu einer Steigerung ihrer Budgets um knapp drei Prozent beitragen. Damit würde zumindest ein Teil der derzeit vorhandenen Unterfinanzierung abgebaut. Dies setzt jedoch voraus, dass die Bundes-

länder diese zusätzlichen Finanzmittel auch tatsächlich im Bildungsbereich belassen. Aufgrund der Haushaltsautonomie der Bundesländer verfügt der Bund über keine Handhabe, die Länder hierzu zu verpflichten.

Bleibt als letzte zu betrachtende Maßnahme die Bafög-Novelle zum Wintersemester 2016/2017. Grundsätzlich sind die Erhöhung der Fördersätze und Freibeträge sowie die Verbesserung der Bologna-tauglichkeit des Bafög zu begrüßen. Die Erhöhung der Freibeträge und Fördersätze ist jedoch nicht ausreichend, um die seit der letzten Erhöhung im Jahr 2010 angefallene Steigerung der Lebenshaltungskosten zu kompensieren.

### Bildungspakete schnürt man anders

Im Ergebnis zeigt sich, dass mit diesem Paket für Bildung keine der vielen Dauerbaustellen im Bildungssystem behoben wird. Signifikante Verbesserungen im Bildungsbereich sind mit den derzeitigen Budgets von Bund, Ländern und Kommunen nicht durchsetzbar. Nur durch Steuererhöhungen für hohe Einkommen und Vermögen – wie sie die GEW in ihrem Steuerkonzept fordert – ist ein bedarfsgerechtes Bildungssystem finanzierbar. Durch das Festhalten von Bundes- und Landesregierungen am Paradigma, dass Steuern unter keinen Umständen erhöht werden dürfen, und bei gleichzeitigem Vollzug der Schuldenbremse ist ein Umsteuern in der Bildungspolitik unmöglich (vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2014, S. 250 – 257). ■

#### Literatur:

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2014): MEMORANDUM 2014: Kein Aufbruch – Wirtschaftspolitik auf alten Pfaden; Köln.
- Jaich, Roman (2008): Gesellschaftliche Kosten eines zukunftsfähigen Bildungssystems – Abschlussbericht; Gutachten im Auftrag der Hans Böckler Stiftung.
- Piltz, Henrik (2011): Bildungsfinanzierung für das 21. Jahrhundert – Finanzierungsbedarf der Bundesländer zur Umsetzung eines zukunftsfähigen Bildungssystems, Studie im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung, Frankfurt.
- Statistisches Bundesamt (2014a): Bildungsfinanzbericht. Ausgaben für Bildung, Tabellenteil, 2013, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2014b): Bildung und Kultur: Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2011; Fachserie 11, Reihe 4.3.2, Wiesbaden.



# Gemeinsamkeiten in Tabus

Ein persönlicher Rückblick auf die Jahrestagung der Gesellschaft für Hochschulforschung

von Luise B. Flacke, Abteilung Wissenschaft

**D**ienstag, kurz nach zweiundzwanzig Uhr. Der ICE aus Berlin fährt pünktlich in den Dortmunder Hauptbahnhof ein. Vom Bahngleis aus pflastern plattgetretene, graue Kaugummireste den Weg in Richtung Ausgang »Innenstadt«. Als ich hinaustrete, ist der Bahnhofsvorplatz menschenleer. Fast. In meinem Rücken erklingen die Akkorde einer Gitarre. Ein Mann singt dazu. Wie passend, denke ich, zur angebrochenen Blauen Stunde im Ruhrpott. Ich greife nach meinem Trolley und mache mich auf zu meiner Unterkunft. Ich bin bereits gespannt auf morgen. Dann geht die 9. Jahrestagung der Gesellschaft für Hochschulforschung (GfHf) los. Ihr diesjähriger Titel lautet »Tabus an der Hochschule«. Dabei werde ich die Moderation des ExpertInnen-Forums »Mission Impossible? Promovieren in Drittmittelprojekten« übernehmen. Als Wissenschaftlerin forsche ich über Weiterbildung, sowohl in Betrieben als auch in Hochschulen. Ehrenamtlich beschäftigte ich mich ebenso mit Hochschulen, allerdings mehr mit den Arbeitsbedingungen von WissenschaftlerInnen und AbsolventInnen. So bin ich Beisitzerin in der Abteilung Wissenschaft der GEW BERLIN und Vorstandsmitglied im Deutschen AkademikerInnenbund, Ortsgruppe Berlin-Brandenburg.

Mittwoch, drei viertel elf. Ich komme in der Hohen Straße 141 an. Hier liegt der Tagungsort. Das Zentrum für Hochschulbildung befindet sich etwas abschüssig von der stark befahrenen Hauptstraße. Vor mir steht ein dunkelrotes, fast braunes Backsteingebäude mit auffallenden Fensterreihen. Ich gehe über den Parkplatz Richtung Eingang. Der Lärm der Hauptstraße nimmt ab. Ein paar Steintreppen hinauf, durch die Glastür hindurch, stehe ich im Foyer des Gebäudes. Links steht ein Tresen. Auf diesem die Tagungsmappen, alphabe-

tisch sortiert. Ich suche mir meine heraus. Der heutige Tag steht im Zeichen des Hochschulforschungsnachwuchses (HoFoNa) innerhalb der GfHf. Den Nachwuchs eint, dass sie als wissenschaftliche MitarbeiterInnen und/oder PromovendInnen über Hochschulen forschen. Generell werden die Zugänge an die Hochschule (Zielgruppen), das Lehren

nen mit gleichen oder ähnlichen Forschungsinteressen zu finden. Ein weiteres Forschungsfeld ist der Arbeitsplatz Hochschule, insbesondere die Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses. Auch ein originäres Thema der Bildungsgewerkschaft GEW. Das diesjährige HoFoNa-ExpertInnen-Forum knüpft daran an und fragt »Mission Impossible? Promovieren in Drittmittelprojekten«. Noch eine halbe Stunde, bevor das Forum beginnt. Es ist halb eins. Die Mittagspause auf dem Flur des 1. Obergeschosses ist in vollem Gange. Belegte Brötchen werden gegessen, Wasserflaschen und Säfte geöffnet, sich einander begrüßt, anregende Unterhaltungen geführt. Die zirka dreißig HoFoNa-Mitglie-

**Oftmals ist die Anstellung kürzer als die tatsächliche Dauer des Drittmittelprojekts, in dem promoviert werden soll**

und Lernen in der Hochschule (Didaktik) und der berufliche Verbleib nach der Hochschule (AbsolventInnen) untersucht. Ein Online Directory unterstützt die HoFoNa-Mitglieder darin, KollegIn-



FOTO: PRIVAT



Über die »Spuren der Tabus an der Hochschule« sprachen die HochschulforscherInnen in Dortmund.

FOTO: UNI DORTMUND

der haben soeben den Methodenworkshop »Interviewformen und Auswertungsmöglichkeiten« beendet. Vor ihnen liegt nun das HoFoNa-ExpertInnen-Forum. Ich bereite mich auf die Moderation vor. Nachdem ich meine Unterlagen durchgesehen habe, suche ich im Pausengewimmel die Podiumsgäste. An einem Tisch werde ich fündig. Hier sitzt Annette Schmidtman, promovierte Biologin. Seit 2007 leitet sie die Gruppe »Graduiertenkollegs, Graduiertenschulen, Nachwuchsförderung« in der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Ihr gegenüber sitzt im dunklen Anzug Helmut Messer, promovierter Jurist. Er leitet seit 2008 das Referat »Gemeinsame Forschungsförderung, Forschung im Bereich Wirtschafts-, Sozial- und Geisteswissenschaften, Wissenschaftlicher

Nachwuchs« im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg. Neben dem Tisch steht Marc Torke, promovierter Soziologe. 2010 erhielt er den Ulrich-Teichler-Preis der GfHf für herausragende Dissertationen. Sein Promotionsthema lautete »Die Projektförmigkeit der Forschung«. Seit 2007 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe »Wissenschaftspolitik« am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Soeben kommt die nächste PodiumsdiskutantIn die Treppe hinauf. Es ist Anke Burkhardt, die in der DDR ihren Doktor in den Agrarwissenschaften erwarb. Seit 1999 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin und seit 2013 Abteilungsleiterin am Institut für Hochschulforschung (HoF). Davor war sie dort von 2001 bis 2014 auch als Geschäftsführerin tätig. Kurz darauf ist das Podium mit Andreas Keller komplett. Der promovierte Politologe ist seit 2007 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands für den Bereich Hochschule und Forschung und seit 2013 stellvertretender Vorsitzender der GEW. Er engagiert sich für den »Traumjob Wissenschaft« und hat hierzu zahlreiche Initiativen auf den Weg gebracht, wie das »Templiner Manifest«, den »Herrschinger Kodex« und den »Köpenicker Appell«.

Im ExpertInnen-Forum wird die Drittmittelfinanzierung von Promotionsprojekten grundlegend positiv bewertet, allerdings werden die dortigen Arbeitsbe-

dingungen eher kritisch betrachtet. An zwei Punkten sollte demnach nachgesteuert werden. Punkt 1 betrifft die Befristungspraxis. Oftmals ist die Anstellung kürzer als die tatsächliche Dauer des Drittmittelprojekts, in dem promoviert werden soll. Um das Arbeitsverhältnis auf die Dauer des Drittmittelprojektes auszudehnen, dafür kämpft die GEW. Punkt 2 betrifft die strukturellen Arbeitsbedingungen. Laut Ergebnis der Wissenschaftsforschung des WZB sehen sich PromovendInnen in Drittmittelprojekten vielfach mit Koordinationsproblemen konfrontiert. Das bedeutet, dass

---

### Die Erfahrungsberichte zeigen, dass Nachwuchskarrieren an Hochschulen immer wieder an die Entscheidungen von einzelnen ProfessorInnen geknüpft sind

---

oft die Grenzen zwischen eigenem Dissertationsprojekt und dem Drittmittelprojekt verschwimmen. Die Punkte 1 und 2 berühren die Frage nach einer strategischen Personalentwicklung. In großen Wirtschaftsunternehmen bereits gängige Praxis, in Hochschulen leider nicht. Vielfach findet hier die Nachwuchsförderung durch einzelne ProfessorInnen statt. Oder man muss einfach Glück haben. Nachwuchsförderung an Hochschulen hat damit etwas Willkürliches. Transparente Personalentwicklungskonzepte könnten hier Abhilfe schaffen.

Am Ende des ereignisreichen Tages habe ich ein weiteres Ehrenamt inne. Ich bin nun gewähltes Mitglied im HoFoNa-Vorstand.

Donnerstag, zehn Uhr fünfzehn. Ich komme am Zentrum für Hochschulbildung an. Der Track im Hörsaal 1 läuft bereits. Er trägt den Titel »Moderne Sklaverei in Academia«. Wieder ein Tabuthema. Wieder ein GEW-Thema. Beeindruckt bin ich vom letzten Vortrag »Can the Postdoc speak?«. Es sind ehrliche, ungeschönte und unbequeme Erfahrungsberichte anonymisierter Betroffener. Diese zeigen, dass Nachwuchskarrieren an Hochschulen immer wieder an die Entscheidungen Einzelner geknüpft sind: an die des Professors oder an die der Professorin. Wer sich zum Beispiel als Postdoc dagegen wehrt, dass die eigenen Forschungsarbeiten durch den

Professor als seine oder durch die Professorin als ihre Ergebnisse ausgegeben werden, hat das Nachsehen. Sowohl in karrieretechnischer als auch in rechtlicher Hinsicht. Es ist eine große Grauzone. Und wer sich mit dem Postdoc solidarisiert, sollte vorsichtig sein, so eine Schlussfolgerung des Vortrags.

Zwölf Uhr. Der nächste Track »Verschleierte Selektionswege auf dem Karriereweg« beginnt. Der Seminarraum ist voll. Die beiden Vorträge zeigen, dass Geschlechterstereotype an der Hochschule allgegenwärtig sind. Frauen-, Gleichstellungs- und Diversity-Beauftragte werden teilweise von Kollegen und auch Kolleginnen belächelt. So liefert zum Beispiel der »Gender-Report NRW« Daten zu Geschlechter(un)gerechtigkeit an nordrhein-westfälischen Hochschulen. In der anschließenden Diskussion verstärkt sich mein Gefühl, dass es nicht nur darum gehen kann, weitere Fortschritte zu erzielen, sondern auch, dass der jetzige Status Quo aufrechterhalten werden muss. Es bleibt viel zu tun.

Freitag, zehn Uhr. Heute ist der letzte Tagungstag. Im Panel wird gerade über die Zukunft der Hochschulforschung diskutiert. Als Grundlage dient dazu der Bericht zur »Kartierung der Hochschulforschung in Deutschland 2013«. Darin wird Hochschulforschung als Forschung über Hochschulen und Hochschulbelange verstanden. Ein geeigneter Anknüpfungspunkt für gemeinsame Vorhaben der Fachgesellschaft und der Bildungsgewerkschaft, finde ich. Vor allem im Bereich der Forschung zu den Arbeitsbedingungen an Hochschulen. Hier treffen sich beide Organisationen im Tabu wieder...

Im Dortmunder Hauptbahnhof weisen mir die plattgetretenen, grauen Kaugummireste nun den Weg in Richtung Bahngleis. Der IC nach Berlin rollt ein. Kurz vor der Abfahrt des Zuges blicke ich aus dem Fenster. Dortmund verabschiedet sich mit blauem Himmel und Sonnenschein. Ich überlege, ob mich Kassel nächstes Jahr auch mit solch einem schönen Wetter begrüßen wird. Dann findet vom 8. bis 10. April die 10. Jahrestagung der GfHf zum Thema »Theoriebildung und Methodenentwicklung in der Hochschulforschung« statt. ■

Die lustigste französische Komödie seit **MONSIEUR CLAUDE UND SEINE TÖCHTER!**

**AB 2. OKTOBER  
IM KINO!**



# *Der kleine Nick macht Ferien*



Nach dem Werk von RENÉ GOSGINNY und JEAN-JACQUES SEMPÉ Drehbuch LAURENT TIRARD GRÉGOIRE VIGNERON



**Nutzen Sie DER KLEINE NICK MACHT FERIE**n für Ihren Unterricht

Umfassendes Schulmaterial mit zahlreichen Unterrichts Anregungen steht zum Download unter [www.der-kleine-nick-macht-ferien.de](http://www.der-kleine-nick-macht-ferien.de) und der Website ihres GEW-Landesverbandes bereit. Bei Interesse an Schulvorführungen wenden Sie sich gerne an Ihr Kino vor Ort. Eine Liste der Kinos finden Sie unter <http://kinofinder.kino-zeit.de/programmuche/der-kleine-nick-macht-ferien>

# Gaby geht

Die erste Rechtsanwältin der GEW BERLIN geht in den Ruhestand

von Detlef Mücke und Thomas Thieme, Landesrechtsschutzstelle

**G**aby Stolte ist im Jahre 1982 in die Landesrechtsschutzstelle gekommen und hat seitdem als hauptamtliche Juristin die rechtlichen Beratungs- und Vertretungsaufgaben des Rechtsschutzes für unsere Mitglieder übernommen. Die ehrenamtlichen LeiterInnen, die ehrenamtlichen BeraterInnen und – last but not least – die Kolleginnen, die im Sekretariat arbeiteten, wechselten von Zeit zu Zeit, Gaby aber blieb – und das war auch gut so.

Zusammen mit Ellen Richert, die als unsere zweite Anwältin 1992 dazukam, war sie eine konstante Stütze unseres »Kleinbetriebs« unterm Dach in der Schöneberger Ahornstraße. Nein, sie war nicht der »ruhende Pol in der Brandung«, sie war eher von positiver Unruhe erfüllt, mit der sie all den vielen Erwartungen und Ansprüchen, die an die Landesrechtsschutzstelle gerichtet wurden, gerecht wurde. Genau so war es!

Der Bedarf an Rechtsberatung nahm ständig zu. Rechtliches Neuland gab es – in besonderem Maße seit 1990 – wahrlich genug: Einführung des bundesdeut-



Ganz neu in der Rechtsschutzstelle ist Susanne Müller-Güldemeister (links). Gaby Kutt geht dagegen in den Ruhestand.

FOTO: BLZ

schen Arbeitsrechts in den neuen Bezirken, Verbeamtungen, Arbeitsverhältnisse bei den Freien Trägern, Fristverträge, Eingruppierungen, Rentenrecht und vieles mehr. Für unsere Anwältinnen war es nicht immer ganz einfach, den Spagat zwischen ihrer eigenverantwortlichen Beratungs- und Vertretungsaufgabe und

den Wünschen des GEW-Vorstandes auszuhalten. Denn es gab auch – natürlich ganz, ganz selten – den einen oder die andere aus der höchsten Führungsetage, die das gewerkschaftlich Wünschbare mit dem rechtlich Machbaren verwechselten und unseren Anwältinnen ein wenig zu viel zumuteten.

Und dazu das »Alltagsgeschäft«, die vielen Einzelberatungen in der Schöneberger Zentrale, die dann aber auch noch geraume Zeit wegen des Umbaus des GEW-Hauses in unserem »Zweitgeschäft« am Köllnischen Park in Berlin-Mitte stattfanden. LehrerInnen, ErzieherInnen, Hochschulangehörige, SozialarbeiterInnen, Studierende aus zwei gegensätzlichen politischen und gesellschaftlichen Systemen sachgerecht zu beraten, das war nicht einfach. Und es blieb nicht aus, dass Gaby aufgrund ihrer juristischen Kompetenz manchmal auch Erwartungen enttäuschen musste. Hervorzuheben ist aber, dass Gaby es nie an Klarheit fehlen ließ, wenn es darum ging, den Ratsuchenden eine realistische Einschätzung ihrer juristischen

ANZEIGE

## Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

**Papierfassung: 57 Euro\* · CD-Rom: 47 Euro\***

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62  
oder online unter: [www.gew-berlin.de/18353.htm](http://www.gew-berlin.de/18353.htm)



\*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr  
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

Chancen zu geben und dennoch Solidarität mit ihnen zu bezeugen und Verständnis für ihre Probleme zu zeigen.

Bei den alljährlichen »gesamtdeutschen« Tagungen der Landesrechtsschutzstellen erwarb sie sich bald bei den »Rechtsschützern« aus den anderen Bundesländern und aus der Bundesstelle Anerkennung für ihre Kompetenz und ihren Einsatz. Dies konnten wir als Teilnehmer an diesen Tagungen oft genug beobachten. Gerade die KollegInnen aus den neuen Bundesländern schätzten Gaby's Erfahrungen aus der Rechtsschutzarbeit in Berlin, wo Ost und West täglich neu und nicht immer konfliktfrei zusammengeführt wurden.

Nun, liebe Gaby Kutt, wie Du seit geraumer Zeit heißt, verlässt Du Deine bisherige Wirkungsstätte. Uns ist nicht bange, dass Deine Talente brachliegen werden. In der Frauenpolitik der Gewerkschaft ver.di bis du weiterhin engagiert. Wir wissen, dass Du bereits seit einiger Zeit bezirkliche und überbezirkliche »Kulturarbeit« betreibst. An einem symbolträchtigen Ort, dem S-Bahnhof

Grunewald, hast Du mit deinem Mann eine Bücherbox installiert, in Eurem Hause habt Ihr einen »Salon« mit Lesungen und Ausstellungen gegründet, der wahrlich viele Interessierte anlockt. Und wir sind sicher, dass Du auch Deine juristischen Kenntnisse und Erfahrungen weitergeben wirst. Es gibt viele Kolleginnen und Kollegen, die derer bedürfen. Und so sagen wir mit Dank und Anerkennung: Ad multos annos!

### Die Neue

Zum Glück ist es gelungen, schnell eine engagierte und qualifizierte Nachfolgerin zu finden. Seit dem 1. Juni 2014 arbeitet die Rechtsanwältin Susanne Müller-Güldemeister für den Rechtsschutz der Berliner GEW. Sie bringt neben Erfahrungen aus einer Kanzlei auch Kenntnisse über die Besonderheiten gewerkschaftlichen Rechtsschutzes aus ihrer Tätigkeit bei der DGB-Rechtsschutz GmbH mit. Wir hoffen, dass sie gerne und lange bei uns sein wird. ■

## MAHNWACHE DER GEW AM WITTENBERGLATZ!

Im Kalender anstreichen, kommen, weitersagen und Kerze mitbringen: Es ist eine gute Tradition, dass die GEW mit dazu beiträgt unter den vielen geschichtsträchtigen Ereignissen am 9. November gerade dieses im November 1938 nicht zu vergessen. Die Mahnwache der GEW kommt gut an bei den Passanten. Es gibt zwar immer Menschen, mit denen man heftig diskutieren kann und muss, aber es gibt ebenso Anerkennung, Betroffenheit und spontane Beteiligung.

Auch dieses Jahr ist wieder der Chor »Kontrapunkte« dabei, der selbst unter den widrigsten Wetterbedingungen für einen würdigen Abschluss der Mahnwache sorgt. Mahnwache der GEW Berlin anlässlich des 76. Jahrestages der Pogromnacht unter Mitwirkung des Chors *Kontrapunkte* (geleitet von Uwe Kany) am **Samstag, dem 8. November 2014 von 17 bis 18 Uhr** an der KZ-Gedenktafel vor dem U-Bahnhof Wittenbergplatz.



Monika Rebitzki für den Ausschuss für Migration, Diversität und Antidiskriminierung (LAMA) der GEW Berlin



## Julika Huland



ist 26 Jahre alt, studiert Mathematik und Sozialkunde an der FU Berlin. Sie wohnt in Neukölln und ist studentische Mitarbeiterin der Fachdidaktik Mathematik.

- Was regt dich im Augenblick am meisten auf?

Dass der Senat mit seinem Programm für Quereinsteiger vermittelt hat, meine pädagogische Ausbildung im Lehramtsstudium sei eigentlich unnötig.

- Drei Begriffe, die dir spontan zur GEW einfallen?

Interessenvertretung, für Qualität in der Lehrerbildung, Schutz der Mitglieder

- Was würdest du an deiner Tätigkeit am ehesten ändern?

Da ich noch nicht als Lehrerin arbeite, kann ich dazu noch nichts sagen. Allerdings habe ich die Befürchtung, dass die Bürokratie mehr Raum einnimmt als die pädagogische Arbeit.

- Was wünschst du dir von deiner Gewerkschaft?

Ich wünsche mir von der GEW, dass sie sich weiterhin für die Interessen ihrer Mitglieder einsetzt.

- Was gefällt dir an deinem Beruf?

Am besten gefällt mir, wenn es mir gelingt, SchülerInnen für ein Thema zu begeistern. Außerdem motiviert es mich mitzubekommen, dass sie Inhalte verstehen, die ihnen vorher unklar waren.

- Welches politische Amt würdest du am liebsten einen Monat lang ausüben?

Ausüben nicht, aber begleiten würde ich gerne einmal die Bundeskanzlerin, um einen tieferen Einblick in die politischen Abläufe zu bekommen. ■

# Die Beamtengehälter werden erhöht

Analog zur Erhöhung der Gehälter werden die Mitgliedsbeiträge angepasst

von Peter Baumann, Schatzmeister der GEW BERLIN

Jetzt steht es endlich fest, das Abgeordnetenhaus hat für die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin eine Erhöhung der Gehälter beschlossen: Ab August 2014 gibt es drei Prozent mehr. Die Versorgungsbezüge der Pensionäre erhöhen sich entsprechend.

Vorausgegangen war ein längeres Tauziehen der Koalitionsparteien um den Umfang der Erhöhung. Wollte die CDU ursprünglich sogar deutlich stärker erhöhen, einigten sich die Koalitionspartner auf Druck der SPD schließlich darauf, dass 2,5 Prozent angesichts der Haushaltslage ausreichen sollten. Plötzlich kam aber aus der SPD Widerstand gegen diese Senatsentscheidung, und so beschloss der Senat schließlich, noch etwas draufzulegen. Man einigte sich auf 3 Prozent, von dem dann auch die CDU meinte, es als Erfolg verkaufen zu können. Wegen dieses Hin und Her hat das Abgeordnetenhaus erst Anfang Juli die Erhöhung beschlossen.

Trotzdem erhält jeder zunächst erst einmal nur 2,5 Prozent mehr. Die Um-

stellung der Zahlungsvorgänge, die einen längeren Vorlauf benötigen, war bereits in vollem Gange, und bis zum Augusttermin reichte die Zeit nicht mehr, die wiederum geänderten Gehaltstabellen einzuarbeiten. Die neuen, um drei Prozent höheren Gehaltstabellen werden deshalb erst im Oktober angewendet. Für die Monate August und September gibt es dann eine Nachzahlung. Satzungsgemäß werden die Gewerkschafts-

## Berlin bleibt trotzdem Schlusslicht bei den Gehältern

beiträge der BeamtInnen im gleichen Umfang ab August 2014 angepasst. Dies erfolgt erstmals mit dem Beitragseinzug für Oktober 2014.

Wer aber glaubt, Berlin gibt, was die Höhe der Beamtengehälter betrifft, nun das Schlusslicht ab, ist im Irrtum. Dazu bedarf es noch weiterer deutlicher An-

hebungen. Die nächste Erhöhung ist für August 2015 vorgesehen, was das Abgeordnetenhaus gleich mitbeschlossen hat. Außerdem sollen künftige Besoldungserhöhungen 0,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der Erhöhungen der anderen Bundesländer und des Bundes liegen, um den Rückstand im Laufe der Zeit auszugleichen.

Den nächsten Schritt verkauft der Senat als 3,2 Prozent-Erhöhung. Tatsächlich steigen die Gehaltstabellen aber wieder nur um 3 Prozent, denn 0,2 Prozent sollen, so heißt es, der sogenannten Versorgungsrücklage zugeführt werden, die bereits seit mehreren Jahren nicht mehr bedient wurde.

Wohin tut aber der Senat diese 0,2 Prozent? Verzichtet er deswegen auf eine andere Ausgabe und legt das Geld vielleicht unter sein Kopfkissen? Oder bringt er es zur Sparkasse? Könnte er damit auch Bundesschatzbriefe kaufen, gar Berliner Landesanleihen, um Zinsen zu erwirtschaften? So absurd, wie es klingt, ist es auch. Der staatliche Arbeitgeber, der über die Geldmenge selbst bestimmt, kann es gar nicht für künftige Versorgungszahlungen zurücklegen. Der Senat kann lediglich aufschreiben, wieviel Euro er eines fernen Tages einmal für Versorgungszahlungen verwenden will. Das Geld dafür existiert zurzeit nicht, es sei denn, es wird gedruckt. Das ist nämlich der Unterschied zwischen dem staatlichen und einem privaten Arbeitgeber. Der private bringt es zur Bank oder leiht es dem Staat, was der staatliche Arbeitgeber als übergeordnete Institution nicht kann. Im Grunde sind die 0,2 Prozent nur eine Nebelkerze oder eine Sprechblase. Das Geld gibt es nicht, weder auf den Bankkonten der BeamtInnen noch auf irgendeinem Konto des Senats. Deshalb werden auch die Mitgliedsbeiträge der Beamten und Pensionäre ab August 2015 nur um 3 Prozent angepasst. Und wer hat ab Sommer 2015 die bundesweite Schlusslaterne bei der Beamtenbesoldung? Dreimal darf geraten werden. ■



FOTO: TRANST/POLENTZ

ANZEIGE

## GEW-KALENDER 2015

Der (grüne) GEW-Kalender mit Jahreskalendarium für alle, die im Wissenschaftsbereich oder im Bereich Jugendhilfe/Sozialarbeit beschäftigt sind, sowie für alle Rentnerinnen und Rentner ist erschienen und wird auf Anforderung zugeschickt. Bitte den folgenden Abschnitt an die GEW BERLIN schicken (aus organisatorischen Gründen keine telefonischen Bestellungen). Bitte an die GEW BERLIN, Ahornstraße 5, 10787 Berlin senden/faxen (030 / 21 99 93-50) oder mailen (mitgliedsverwaltung@gew-berlin.de).

Bestellformular im Internet: [www.gew-berlin.de/4760.php](http://www.gew-berlin.de/4760.php)



### GEW-KALENDER 2015: JA, DEN WILL ICH HABEN!

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Schule: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_



## Europa-BücherboXX am GEW-Haus

Es werden noch MitmacherInnen gesucht

von Junge Alte in der GEW BERLIN

Seit Anfang September 2014 gibt es vor der GEW-Geschäftsstelle eine BücherboXX. Sie ist rund um die Uhr zugänglich und steht allen offen, die sich für Europa interessieren: Dort findet man Literatur (auch Kinderbücher, Krimis und Schmonzetten), aktuelles Unterrichtsmaterial und vieles mehr. Es gibt zwar schon einen kleinen Bestand, aber die BoXX muss natürlich ständig »gefüttert« werden nach dem Motto: Bring ein Buch – nimm ein Buch – lies ein Buch!

Bookcrossing ist eine weltweit realisierte Form des Büchertauschs. Dabei werden ausgelesene Bücher kostenlos weitergegeben und wandern so von Hand zu Hand. Dadurch entsteht eine ständig wechselnde Bibliothek, die zum Lesen anregt. In Berlin gibt es zurzeit zehn Bücherboxen, einige davon auch

im öffentlichen Raum, etwa am Mierendorffplatz in Charlottenburg oder themenbezogen am Bahnhof Grunewald mit Bezug zum Gleis 17, einem Deportationsort für Berliner BürgerInnen jüdischer Herkunft von 1941 bis 1945. Andere Bücherboxen werden von Schulen in deren Räumlichkeiten gepflegt, etwa im Eingangsbereich des OSZ-TIEM oder auf dem Hof der marcel-breuer-schule.

Wir brauchen noch Leute, die mit uns für Sauberkeit und Ordnung in der BoXX sorgen. Bisher tun das die Stammtischmitglieder der »Jungen Alten«, die ein paar Stunden ihrer Zeit für dieses neue Projekt spenden. Die offizielle Einweihung fand am Montag, dem 29. September statt.

Weitere Informationen und Kontakt über Ingrid Willer, Telefon 89 34 456 oder [ingrid.willer@gmx.de](mailto:ingrid.willer@gmx.de)



**Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:**

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

CD-Version

Online-Version

ausgedrucktes Handbuch  
(+ 7,-)

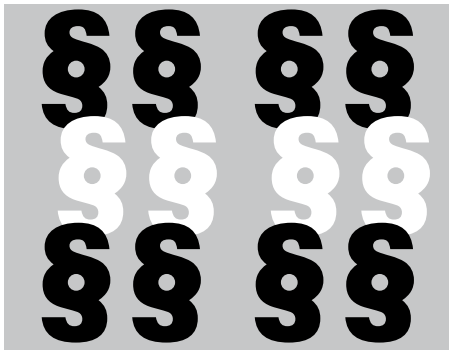
Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro \_\_\_\_\_ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift



## ARBEITSZEIT DER LEHRKRÄFTE

### ERNEUT VERLÄNGERT

Allen Protesten zum Trotz wurden am 10. September 2014 die Änderungen der Arbeitszeitverordnung und der Erholungsurlaubsverordnung des Landes Berlin in Kraft gesetzt. Damit wird das lange angekündigte Beenden des Aufwachsens der Arbeitszeitkonten und die Einführung weiterer Anwesenheitstage zum Ende der Sommerferien umgesetzt. Diese Erhöhung der Arbeitszeit der Lehrkräfte um sieben Tage wird durch die ebenfalls eingeführte Altersermäßigung für ältere Lehrkräfte nicht kompensiert. Detaillierte Infos zu den jetzt in Kraft getretenen Änderungen findet ihr auf der GEW-Website unter <http://www.gew-berlin.de/10202.ph>

## ARBEITSZEITKONTO: FINANZIELLER

### AUSGLEICH

Nach über 18 Monaten hat die Senatsverwaltung für Inneres nun endlich eine gesetzliche Regelung zum finanziellen Ausgleich von nicht in Anspruch genommenen Arbeitszeitkontentagen vorgelegt. Im April 2013 hatte das Oberverwaltungsgericht die Zahlung untersagt, weil es hierfür bisher keine gesetzliche Grundlage gibt. Seitdem warten verbeamtete KollegInnen, die vor Eintritt in den Ruhestand ihre Arbeitszeitkontentage nicht nehmen konnten oder wollten, auf einen finanziellen Ausgleich. Die Höhe der finanziellen Abgeltung soll für jeden auf dem Arbeitszeitkonto angesparten Unterrichtstag ein Fünfundsechzigstel der Summe der Bezüge, die für die letzten drei Monate vor der Beendigung des Beamtenverhältnisses zugestanden hat, betragen. Der Hauptpersonalrat drängt nun darauf, dass das Ge-

setz so schnell wie möglich in Kraft tritt, damit die bei der Nachzahlung zu erwartenden hohen steuerlichen Belastungen zeitnah ausgeglichen werden.

## URLAUBSABGELTUNG ALS

### SCHADENSERSATZ

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Urlaubsanspruch nach dem Bundesurlaubsgesetz ebenso wie den Anspruch auf Ruhepausen und Ruhezeiten nach dem Arbeitszeitgesetz von sich aus zu erfüllen. Kommt der Arbeitgeber dieser Verpflichtung nicht nach und verfällt der Urlaubsanspruch deshalb nach Ablauf des Übertragungszeitraums, hat der Arbeitgeber gegebenenfalls Schadensersatz in Form eines Ersatzurlaubs zu leisten oder diesen Ersatzurlaub bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses abzugelten. Es kommt nicht darauf an, ob der Arbeitnehmer vor dem Verfall des ursprünglichen Urlaubsanspruchs rechtzeitig Urlaub beantragt und dadurch den Arbeitgeber in Verzug gesetzt hatte. (Pressemitteilung Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg zum Urteil vom 12. Juni 2014, Aktenzeichen 21 Sa 221/14)

## URLAUBSANSPRUCH GEHT

### AUF DIE ERBEN ÜBER

Der Urlaub ist abzugelten, wenn er wegen Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht genommen werden kann. Endet das Arbeitsverhältnis mit dem Tod des Arbeitnehmers, so erlischt der Anspruch auf Urlaubsabgeltung nicht. Er geht auf die Erben des Arbeitnehmers über, auch wenn der Arbeitnehmer vor seinem Tod keinen Antrag auf Abgeltung gestellt hatte. Europäischer Gerichtshof, 12. Juni 2014 C-118/13

## AUSBILDUNGSVERGÜTUNGEN

### MIT GEFÄLLE

Spitzenreiter in der Beliebtheit bei den Ausbildungsberufen sind derzeit die Verkäuferin bei den jungen Frauen und der Kfz-Mechatroniker bei den jun-

gen Männern. Die tariflich geregelten Ausbildungsvergütungen fallen je nach Branche und Ausbildungsjahr sehr unterschiedlich aus. Sie variieren von 332 Euro im privaten Verkehrsgewerbe Thüringen im ersten Ausbildungsjahr bis zu 1.460 Euro im Bauhauptgewerbe West im vierten Ausbildungsjahr. Dies geht aus einer Auswertung von Tarifverträgen hervor, die das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung vorgelegt hat. Große Unterschiede gibt es im Hotel- und Gaststättengewerbe: In Mecklenburg-Vorpommern erhält man 580 Euro, in Bayern 869 Euro. Bundesweit einheitliche tarifliche Ausbildungsvergütungen gibt es bei Banken (1.000 Euro), Versicherungen (1.007 Euro), in der Druckindustrie (956 Euro), in der Papierverarbeitung (945 Euro) sowie bei Bahn (877 Euro), Post (920 Euro), Telekom (880 Euro) und im öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden: 929 Euro, Länder: 911 Euro). Weitere Infos unter [www.tarifvertrag.de/ausbildungsverguetung](http://www.tarifvertrag.de/ausbildungsverguetung)

## ENERGIEKOSTENPAUSCHALE AM

### ARBEITSPLATZ

Arbeitgeber können von ihren Mitarbeitern eine Energiekostenpauschale fordern, wenn im Büro private Kaffeemaschinen, Kühlschränke, Mikrowellen oder andere elektrische Geräte betrieben werden. Eine Vereinbarung, in der sich die Mitarbeiter verpflichten, für einen Kühlschrank 5 Euro und für kleinere Geräte 4 Euro monatlich zu zahlen, ist nicht unangemessen. (Arbeitsgericht Iserlohn, Urteil vom 20. März 2014 – 2 Ca 443/14)

## WAS VERDIENEN

### ERZIEHERINNEN?

Das Bruttomonatseinkommen von ErzieherInnen beträgt ohne Sonderzahlungen auf Basis einer 38-Stunden-Woche durchschnittlich 2.490 Euro. Die Hälfte der ErzieherInnen verdient weniger als 2.420 Euro. Beschäftigte in tarifgebundenen Einrichtungen stellen sich bei Monatseinkommen und Sonderzahlungen deutlich besser. Zu diesen Ergebnissen haben bei der Online-Umfra-



ge des WSI der Hans-Böckler-Stiftung 716 ErzieherInnen beigetragen. Immerhin drei Viertel aller ErzieherInnen arbeiten in Einrichtungen mit Tarifbindung. Die Studie kommt unter anderem zu folgenden Ergebnissen:

**Berufserfahrung:** In aller Regel steigt das Einkommen mit der Dauer der Berufserfahrung. Dies gilt im Großen und Ganzen auch für ErzieherInnen. Bei einer Berufserfahrung bis zu einem Jahr beträgt das durchschnittliche Monatseinkommen 2.110 Euro, bei mehr als zwanzig Jahren steigt es auf rund 2.800 Euro.

**Tarifbindung:** In tarifgebundenen Betrieben liegt ihr Monatseinkommen mit durchschnittlich 2.560 Euro gut neun Prozent über dem Gehalt in nicht tarifgebundenen Betrieben. Gut 75 Prozent der ErzieherInnen geben an, dass in ihrem Betrieb ein Tarifvertrag gilt.

**West und Ost:** Während in Westdeutschland eine ErzieherIn durchschnittlich 2.540 Euro erhält, bekommt sie in Ostdeutschland nur 2.340 Euro, also acht Prozent weniger.

**Männer und Frauen:** In der Erhebung sind knapp 79 Prozent der ErzieherInnen Frauen. Deren Einkommen liegt dennoch mit durchschnittlich 2.450 Euro rund 180 Euro unter dem ihrer männlichen Kollegen, also fast sieben Prozent weniger.

**Arbeitszeit:** 45 Prozent der Frauen, aber nur 24 Prozent der Männer arbeiten auf Teilzeitstellen. Die durchschnittliche vertragliche Arbeitszeit der Erzieherinnen und Erzieher liegt bei 34,1 Stunden in der Woche. Die Befragten geben jedoch an, tatsächlich mehr zu arbeiten als vertraglich vereinbart: Der Durchschnitt der tatsächlichen Wochenarbeitszeit liegt bei 36,5 Stunden.

Die Untersuchung des WSI-Tarifarchivs vom Juli 2014 ist zu finden unter [www.lohnspiegel.de/dateien/erzieherinnen](http://www.lohnspiegel.de/dateien/erzieherinnen)

## KEINE ANPASSUNG

### BEI SCHLECHTER LAGE

Nach dem Betriebsrentengesetz muss der Arbeitgeber alle drei Jahre eine Anpassung der laufenden Leistungen der betrieblichen Altersversorgung prüfen und hierüber nach billigem Ermessen entscheiden. Der Arbeitgeber ist zur Anpassung nicht verpflichtet, wenn er annehmen darf, dass es ihm mit hinreichender Wahrscheinlichkeit nicht möglich

sein wird, den Teuerungsausgleich aus den Unternehmenserträgen in der Zeit bis zum nächsten Anpassungsstichtag aufzubringen. (Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 15. April 2014 – 3 AZR 51/12)

## BETRIEBSRATSWAHL: GEWERKSCHAFT DARF AUFS BETRIEBSGELÄNDE

Auf Einladung des Wahlvorstandes und nach Unterrichtung der Firmenleitung haben VertreterInnen von Gewerkschaften ein eigenes Zugangsrecht zum Betriebsgelände. Wahlvorstand und Gewerkschaft müssen es nicht hinnehmen, dass diesen VertreterInnen der Zugang zum Firmengelände verwehrt wird – selbst dann nicht, wenn der Arbeitgeber im Gegenzug andere Räume zur Verfügung stellt. Das Zugangsrecht kann auch per einstweiliger Verfügung durchgesetzt werden. Landesarbeitsgericht Mecklenburg-Vorpommern, AZ 5 TaBVGa 2/13

## DIE PRIVATE PAYBACK-KARTE NUR PRIVAT NUTZEN

*Ich arbeite als Erzieherin in einem Wohnheim. Hin und wieder erledige ich einen Einkauf im Auftrag meines Arbeitgebers und lege bei der Bezahlung meine private PAYBACK-Karte vor. Jetzt hat das ein Kollege mitbekommen, der mein Vorgehen bedenklich findet. Wie beurteilen Sie die Situation?*

Aufgrund unserer Erfahrungen empfehlen wir eindringlich, Privates und Berufliches möglichst voneinander getrennt zu halten. Aus arbeitsrechtlicher Sicht finden wir die geschilderte Praxis bedenklich. Durch den Einsatz Ihrer privaten Kundenkarte erzielen Sie einen Vorteil, der sich durch eine Punktegutschrift ergibt, die später in Geld eingelöst werden kann. Dieser Vorteil oder dieses Geld würde aber Ihrem Arbeitgeber zustehen, falls dieser ebenfalls über eine Kundenkarte verfügen würde. Deshalb sollten Sie das schriftliche Einverständnis Ihres Arbeitgebers einholen, wenn Sie auch zukünftig bei Einkäufen, die Sie für ihn tätigen, Ihre private PAYBACK-Karte einsetzen wollen. Auch steuerrechtlich könnten Probleme auftreten, falls ein solcher Einkaufsvorteil bei größeren Anschaffungen gewährt

## Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender 2014/2015



Frisches Design, hoher Nutzen, unschlagbar günstiger Preis: Der Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender 2014/2015.

In Kooperation mit dem GEW-Landesverband Sachsen bieten wir auch in diesem Jahr wieder für unsere Mitglieder den Kalender im Format DIN A5 zum Preis von nur 5 Euro an. Versandkosten zuzüglich.

Bestellungen ab sofort per Mail, Fax oder über das Internet. Detaillierte Informationen zum Kalender und das Bestellformular findet man auf der Internetseite.

[www.gew-berlin.de/lehrerkalender.php](http://www.gew-berlin.de/lehrerkalender.php)

und als geldwerter Vorteil beurteilt würde, der aus dem Arbeitsverhältnis heraus entstanden ist. (R-Pf)

## NOTEBOOK ZUR HÄLFTE STEUERLICH ABSETZBAR

Nutzt ein Arbeitnehmer sein privates Notebook auch dienstlich, so ist es nach Auffassung des Finanzgerichts Baden-Württemberg kaum möglich, exakt festzustellen, in welchem Umfang das geschieht. Die Richter haben deshalb eine pauschale Aufteilung von 50 zu 50, also der jeweils hälftigen privaten und beruflichen Nutzung des Notebooks anerkannt. Aktenzeichen: 12 K 18/07

# Produktivität schlägt Demografie

Ein Gespräch über den demografischen Wandel und die Alterssicherung mit Gerd Bosbach

Das Gespräch führte Harald Freiling, Redakteur der hessischen GEW-Zeitschrift HLZ

*Sind Sie der Don Quichotte der deutschen Statistik?*

**BOSBACH:** So allein bin ich im Kampf gegen die Windmühlen des Lobbyismus gar nicht. Die Memorandum-Gruppe für eine alternative Wirtschaftspolitik teilt meine Einschätzungen ([www.memo.uni-bremen.de](http://www.memo.uni-bremen.de)), genauso Albrecht Müller und viele Autoren seiner NachDenk-Seiten ([www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)) oder Ernst Kistler, der Autor der »Methusalem-Lüge«. Dass einige der bekannten Demografie- und Rentenexperten wie Bernd Raffelhüschen oder Herwig Birg nicht mehr mit mir diskutieren, spricht nicht unbedingt gegen mich und die Kraft meiner Argumente. Ich kann zwar auf eine mehrjährige Tätigkeit im Statistischen Bundesamt zurückblicken, aber ich bin nicht der bessere Experte, sondern ich habe nur keine materiellen Interessen und komme deshalb zu neutraleren Ergebnissen. Als ich vor Jahrzehnten meine statistische Expertise genutzt habe, um auf steigende Schülerzahlen und eine anstehende Pensionierungswelle bei Lehrkräften hinzuweisen, haben mir die Politiker gesagt: »Bleiben Sie

mir doch mit Ihren Zahlen vom Leib.« Sie wollten halt nicht mehr Geld für Bildung ausgeben.

*Sicher haben Sie recht mit Ihrer Kritik an der Panikmache, wie sie der SPIEGEL mit dem Titelbild eines Säuglings und der Schlagzeile »Der letzte Deutsche – Auf dem Weg zur Greisenrepublik« betreibt. Aber müssen wir den demografischen Wandel und seine Auswirkungen auf die Systeme der Alterssicherung nicht wirklich ernst nehmen?*

**BOSBACH:** Zahlen sind das eine, Schlussfolgerungen das andere. Aber selbst bei den Zahlen rate ich zu großer Vorsicht. Nehmen wir mal den ganz aktuellen Bericht des Statistischen Bundesamts mit den jüngsten Zensusdaten. Bisher ging man davon aus, dass in Deutschland 628.000 Menschen über 90 Jahre leben, tatsächlich sind es nur 550.000, also über 14 Prozent weniger. Die Anzahl der Männer über 90 wurde um 43 Prozent überschätzt. Wir wissen ja nicht mal genau, wie viele Menschen überhaupt in Deutschland leben. Die Gesamtzahl wurde nämlich um 1,6 Millionen zu hoch angesetzt.

*Aber es gibt doch so etwas wie einen Trend zur Überalterung der Gesellschaft?*

**BOSBACH:** Was heißt hier »Überalterung«? Wir freuen uns doch darüber, dass die eigene Lebenserwartung, die unserer Freunde, unserer Angehörigen steigt. Entscheidend ist die Tatsache, dass sich nicht nur die Altersstruktur der Gesellschaft, sondern die Gesellschaft insgesamt ändert. Und wie die in 25 oder 50 Jahren aussieht, kann kein Statistiker prognostizieren. Was wusste man 1950 vom Jahr 2000? So gut wie

nichts: Es gab keine Pille, keinen PC, keine Erkenntnisse über Migrationsbewegungen, rien! Und deshalb gab es auch damals dieselben Horrorszenerarien wie heute: Friedrich Burgdörfer schrieb das Buch »Volk ohne Jugend« über »Geburtenschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers« im Jahr 1932 und die Schlagzeile »Sozialstaat ist in der Sackgasse – Wer zahlt morgen die Rente?« stammt aus dem Jahr 1959.

*Also doch nicht Don Quichotte, aber vielleicht der Kölsche Jung, der sagt: »Et iss schon immer jut gejang.«?*

**BOSBACH:** Nein, das ist nicht meine Devise. Ich sehe viele Probleme in der Gesellschaft, aber ich will die Blockade in den Köpfen auflösen, wenn das Wort Demografie fällt. Nehmen wir mal den »demografisch bedingten Ärztemangel«. Nein, wenn wir zu wenige Ärzte haben, dann hat das nichts mit Demografie zu tun, sondern mit dem Numerus Clausus, der jungen Menschen das Medizin-Studium verweigert. Mich ärgert die Stimmungsmache von Kampagnenjournalisten, der Bertelsmann Stiftung, der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und anderer, mich ärgert das »Lügen mit Zahlen«. Eine dpa-Meldung, Deutschland sei das geburtenschwächste Land der Welt, wurde in allen Zeitungen gedruckt. In Wirklichkeit stand es damals an 15. Stelle in der EU der 25, also selbst dort nicht an unterster Stelle. Auf meine Intervention korrigierte das Statistische Bundesamt die Aussage in einer Pressemitteilung. Gedruckt hat das keiner. Stattdessen produzierte das ZDF den Film »Der Aufstand der Alten«, in dem 2030 in Deutschland überhaupt keine Kinder mehr vorkamen. Wir gelten



#### Literatur:

Gerd Bosbach, Jens Jürgen Korff: Lügen mit Zahlen. Wie wir mit Statistiken manipuliert werden. Heyne Verlag München, 320 Seiten.

Als Taschenbuch erschien es im August 2012 zum Preis von 8,99 Euro. Aktuelle Beispiele findet man auch auf der Homepage [www.luegen-mit-zahlen.de](http://www.luegen-mit-zahlen.de)

als »aussterbendes Volk«, aber in den Zeitungen lese ich von Rekordzahlen bei den Studierenden, vom Lehrstellenmangel und davon, dass Millionen von Menschen in Zwangsteilzeit oder Arbeitslosigkeit (mehr) arbeiten wollen.

*Aber die Zahlen und die Berichte der Expertenkommissionen zeigen doch in ein und dieselbe Richtung...*

**BOSBACH:** Das tun sie nicht. Die Experten geben Ratschläge, aber die sind immer interessengeleitet. 2003 gab es eine Herzog-Kommission zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, die bis 2030 eine konstante Arbeitslosenquote von knapp 10 Prozent prognostizierte. Die Rürup-Kommission ging im selben Jahr davon aus, dass die Arbeitslosenquote bis 2030 auf 4,4 Prozent sinkt, und Peter Hartz sagte 2002 voraus, dass schon im Jahr 2015 Millionen Erwerbspersonen fehlen werden.

*Sie lenken erneut von meiner Frage ab. Auch Sie gehen doch davon aus, dass die Einwohnerzahl in Deutschland abnimmt...*

**BOSBACH:** ... aber nur, wenn Politik nicht handelt. Dieselben Politiker, die ständig von der demografischen Katastrophe reden, betreiben eine massive Politik der Abschottung und wollen »Zuwanderung aus humanitären Gründen stoppen«. Und wieso müssen wir eigentlich sparen, wenn die Bevölkerung bei wachsendem Bruttoinlandsprodukt schrumpft? Das ist volkswirtschaftlicher Schwachsinn. Wenn ein gleich großer oder wachsender Wohlstand unter weniger Menschen zu verteilen ist, wieso müssen wir uns dann einschränken, soziale Sicherungssysteme herunterfahren? Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Nur wenn sich eine Gruppe mehr von dem Kuchen nimmt, bleibt für die anderen weniger übrig. Es geht also auch hier wie bei anderen gesellschaftlichen Debatten um die Frage der Verteilungsgerechtigkeit.

*Kommen wir noch mal zur Frage der Altersstruktur...*

**BOSBACH:** Ja, wir kennen das aus den Schulbüchern. Die Altersstruktur einer Gesellschaft gilt dann als »gesund«, wenn sie die Form einer Pyramide oder eines Tannenbaums hat. Nur wieso eigentlich? Weil in jedem Lebensalter viele Menschen sterben, unter anderem durch eine schlechte Gesundheitsversorgung? Wenn es danach geht, wären die Bedingungen für eine gute Altersversorgung in Nigeria viel besser. Dort gibt

es heute noch die Tannenbaum-Struktur. Und wenn eine gute Altersversorgung von der Zahl der Kinder und jungen Menschen abhängt, dann wäre Deutschland vor 120 Jahren das Traumland für die Alten gewesen. Das ist nicht Schwachsinn, sondern böswillig. Im 20. Jahrhundert ist die Lebenserwartung in



**GERD BOSBACH**

Geboren 1953 und Professor für Statistik und Empirische Wirtschafts- und Sozialforschung am Standort Remagen der Hochschule Koblenz. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes und anschließend in der Statistikabteilung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung tätig. Er ist Autor zahlreicher Publikationen, am bekanntesten ist sein Buch »Lügen mit Zahlen«. Harald Freiling hat ihn im Anschluss an eine Veranstaltung der hessischen GEW mit Bosbach zum Thema »Altersarmut in einem reichen Land« interviewt.

Deutschland um 30 Jahre gestiegen, der Anteil der unter 20-Jährigen hat sich von 44 Prozent auf 21 Prozent halbiert, der Anteil der Rentner mehr als verdreifacht. In derselben Zeit stieg der Wohlstand, der Sozialstaat wurde ausgebaut und die Arbeitszeit sank von 60 auf 40 Stunden. Die Erklärung ist einfach und gilt bis heute: Produktivität schlägt Demografie. Zwischen 1991 und 2012 ist das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland trotz Wiedervereinigung, Finanzkrise und Depression und sinken-

der Arbeitsstunden um 31,8 Prozent gestiegen!

*Schreckt Sie dann nicht einmal die Befürchtung steigender Beiträge zur Rentenversicherung?*

**BOSBACH:** Zu erschrecken sind hier höchstens die Arbeitgeber, die steigende Arbeitgeberbeiträge fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Für die Arbeitnehmer sind höhere Rentenbeiträge zu verkraften, solange die Lohnerhöhungen die Inflation ausgleichen und der Produktivitätsfortschritt zusätzlich an den Arbeitnehmer ausgezahlt wird. Um die Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 zu vermeiden, hätte man die Beitragsätze nur um 0,5 Prozent heraufsetzen müssen. Das habe ich übrigens nicht selbst ausgerechnet, sondern steht in den Anlagen zum Gesetzentwurf des damaligen Arbeitsministers Franz Müntefering.

*Und wer profitiert von den Horrorszenarien? Wer macht das Geschäft mit der Angst?*

**BOSBACH:** 250 Milliarden Euro, die die Deutsche Rentenversicherung 2010 auszahlte, sind eine ordentliche Summe, an die vor allem die privaten Rentenversicherungen und andere Finanzdienstleister ran wollen. Die Angst vor steigenden Rentenversicherungsbeiträgen nutzt vor allem den Arbeitgebern, darauf habe ich schon hingewiesen. Profiteure sind aber auch die Medien, weil sich Schlagzeilen wie »Wenn der Mensch geht, kommt der Wolf« (ZDF) gut verkaufen lassen. Und natürlich nicht zuletzt auch meine Zunft: die Statistiker und Demografen.

*Ihr Vortrag bei der GEW trug den Titel »Der Krieg der Generationen fällt aus«. Sind Sie da ganz sicher?*

**BOSBACH:** Es sind dieselben Interessengruppen, die diesen »Krieg« züchten, damit man im Alter ein schlechtes Gewissen hat, dass man noch lebt. Doch bei vielen Menschen kommt diese Demagogie nicht an, das zeigt auch die große Ablehnung der Rente mit 67. Viele junge Menschen erleben doch gerade die Unterstützung durch »die Alten«: durch ihre Eltern während der mageren Jahre der Ausbildung, durch die Großeltern bei der Betreuung der Kinder – und nicht zuletzt auch als Generation der Erben.

*Vielen Dank für das Gespräch.* ■

*Aus: HLZ, Zeitschrift der GEW Hessen, Nr. 6/2014*

## »Sind Sie der Hausmeister?«

Mama, wir haben heute eine neue Erzieherin bekommen: Herrn Karwitz!« »Max-Marvin, schau mal, ein Mann. – Darf er Sie mal anfassen? Mein Sohn hat noch nie einen Mann aus der Nähe gesehen. Ich bin doch alleinerziehend. – Wenn Sie möchten, könnte ich auch mal was Schönes für uns drei kochen!« »Sie dürfen ruhig Klartext mit meinem Sohn Basti reden. Ihre Kolleginnen sind immer viel zu lieb.«

Erzieher werden? Och nö. Das war nicht gerade Pauls dringendster Wunsch. So was mit Musik und Theater wäre ihm lieber gewesen. Aber seine Mutter meinte: »Geh doch mal zu der Informationsveranstaltung. Die suchen ganz gezielt Männer. Da hast du gute Zukunftschancen! Schauspieler ist doch kein ordentlicher Beruf!« Paul, damals 17, geht widerstrebend los und stellt fest: Im Saal sitzen 200 junge Frauen. Und vier junge Männer. »Da kommen ja auf jeden von uns an die 50 Mädels!« Das reinste Schlaraffenland. Sein Entschluss steht fest: »Ich werde Erzieher!« Ein Kumpel kichert: »Was, du willst Basteltante werden? Trägst du dann auch in 'ner Kittelschürze Nachttöpfe durch die Gegend?«

Das angenehme Zahlenverhältnis setzt sich in der Ausbildung fort: 25 Frauen und zwei Männer sind in der Klasse. Endlich begreift Paul den Ausdruck »Hahn im Korb«. Als er sein Praktikum in einem Hort absolviert, drückt ihm die Leiterin als erstes eine Rohrzanze in die Hand: »Auf der Jungstoilette ist was undicht. Könnten Sie mal nachsehen?« Leider kann Paul auch keine Klospülungen reparieren. Als er später die lieben Kleinen im Hof einsammeln will, fragt eine Mutter irritiert: »Sind Sie der Hausmeister? Was machen Sie da mit Jill-Alina?

Ich will nicht, dass Sie meine Tochter anfassen!«

Gleich nach der Prüfung bekommt Paul eine Vollzeitstelle in einer Kita. Seine Mitbewerberin, drei Jahre an Erfahrung reicher, begrüßt ihn bei der nächsten Begegnung: »Hallo Quotenmann!« – Noch bevor Paul am neuen Einsatzort einen Finger rührt, heißt es ergriffen: »Ach, hier arbeitet ein Mann? Das ist ja wundervoll!« Bei drei Prozent Männern in deutschen Kitas ist er ein Paradiesvogel.

Die neuen Kolleginnen freuen sich: »Wir sind so ein Hühnerhaufen und quatschen gern. Ein Mann bringt da endlich mal Struktur rein.« Bei Pauls Amtsantritt haben sie brennende Teelichter von der Straße bis zum Büro aufgestellt. »Herzlich willkommen!« steht auf einem bunten Schild. Die Kolleginnen haben auch schon gute Ideen, was Paul alles übernehmen könnte: sämtliche Lagerfeuer und Schneeballschlachten, Tauziehen, Sexualaufklärung für die Jungen und »Überlebenstraining im Wald«. Die Survival-Kits dafür liegen auch schon bereit: Taschenmesser, Kompass, Feuerstarter, Pflaster, Alu-Decke und ein Insekten-Kochbuch. Pauls Begeisterung hält sich in Grenzen. Er hat schon als Schüler nichts vom Zelten gehalten. All die Ameisen und Käfer, die einem ins Ohr krabbeln. Und die sanitären Anlagen kilometerweit entfernt. Schnitzen und Nahkampf kann Paul zur Enttäuschung seiner Kolleginnen auch nicht. Aber Gitarre spielen und Pantomime. Paul freut sich, als er nach einem Jahr einen großflächig tätowierten Kollegen bekommt, der für die »Kids« sofort eine Gummizelle zum Toben und eine Holzwerkstatt fordert.

Seine Kolleginnen teilt Paul heimlich in drei Gruppen: potentielle Flirts, Ersatz-

muttis und Hüterinnen des Grals. Von der letzten Sorte gibt es glücklicherweise nur eine: »Ein Mann kann doch gar nicht mit kleinen Kindern umgehen!« Tief befriedigt konstatiert sie, wie ein paar Küken in Tränen ausbrechen, als Paul seine Stimme erhebt. »Der redet viel zu laut, die haben ja Angst!«

Zu den Ersatzmuttis gehört Pauls Chefin. Vorm ersten Elternabend bügelt sie noch schnell sein Hemd auf: »Der erste Eindruck ist entscheidend!« Andere Kolleginnen servieren ihm Apfelstückchen und Kuchen: »Der lebt doch alleine. Den versorgt niemand.« Sie verzeihen ihm sogar, dass überall seine dreckigen Kaffeetassen rumstehen.

Paul bereut seine Berufswahl keine Sekunde. »Kleine Kinder sind so unbefangen und offen. Man bekommt für seine Arbeit so viel von ihnen zurück!«, schwärmt er seinen Freunden vor.

Auf einer überregionalen Tagung gibt Pauls Chefin kund: »Ätsch, wir haben jetzt zwei Männer! Und einen Riesenzulauf von alleinerziehenden Muttis!« – »Mein Sozialassistent kann Bogenschießen und boxen.« – »Und ich habe einen Praktikanten, der spielt Fußball wie Messi! Und er baut mit den Kids ein Baumhaus!« – »Unser Quereinsteiger ist Malermeister und renoviert gerade alle Gruppenräume! – Schade, Bärbel, dass in eurer Kita nur Frauen sind. Da haben die Jungs überhaupt kein Vorbild.«

Bärbel zuckt die Schultern: »Bogenschießen und Renovieren kann ich selber. Ich fände es auch toll, wenn viel mehr Männer Erzieher würden. Vielleicht könnten die sich dann frei entfalten und müssten nicht eure Rollenerwartungen erfüllen....«



## ZEITLICHE HERAUSFORDERUNGEN IN DER BERUFVORBEREITUNG

Teilnehmer an Maßnahmen zur Berufsvorbereitung üben in ihrem späteren Arbeitsleben oft Tätigkeiten mit geringen fachlichen Qualifikationsanforderungen aus. In den Maßnahmen werden meist breit gestreute gewerbliche Grundfertigkeiten vermittelt. Was die Teilnehmer dringender bräuchten, sind aber Fähigkeiten des Zeitmanagements.

Zeitmanagement war lange Zeit eine Domäne höherer und leitender Angestellter. Arbeitnehmer in Berufen mit geringen Qualifikationsanforderungen benötigten es nicht. Ihre Tätigkeit war zeitlich fast ausschließlich fremdbestimmt. In der klassischen Fabrik wurde dieses Prinzip perfektioniert: Die Werksirene läutete Arbeitsbeginn, Pausen und Feierabend ein, dazwischen bestimmte das Fließband die zeitliche Abfolge der Arbeitsschritte. Persönliches Zeitmanagement war für den Fabrikarbeiter irrelevant, er musste lediglich pünktlich am Arbeitsplatz erscheinen.

In der modernen deutschen Industrie existieren solche Arbeitsplätze durch die fast vollständige Automatisierung und Auslagerung in Länder mit geringeren Lohnkosten kaum noch. Stattdessen erzeugt der expandierende Dienstleistungssektor immer mehr Beschäftigung mit niedrigen fachlichen Qualifikationsanforderungen. Statt Produktionshelfern sind immer stärker HelferInnen im Gastgewerbe, Versandgeschäft, Pflegebereich

gefragt. Die Arbeitszeit dieser Hilfskräfte wird meist vom Arbeitgeber flexibel festgelegt. Sie müssen oft zwischen verschiedenen Orten mit unterschiedlichen Anfangs-, Pausen- und Feierabendzeiten wechseln. Auch der innere zeitliche Ablauf der Arbeit mit Menschen lässt sich oft schlecht planen, Verzögerungen an einer Stelle müssen spontan an anderer Stelle ausgeglichen werden. Zudem machen die unregelmäßigen Arbeitszeiten eine erhöhte zeitliche Koordination mit den Zeiten im privaten Bereich nötig. Arbeitnehmer in solchen gering qualifizierten Tätigkeiten stehen also vor neuen zeitlichen Herausforderungen.

Im Buch »Zeitmanagement in der beruflichen Bildung« beschreibe ich deshalb, wie zeitliche Fähigkeiten entstehen und wie sie in unserem Bildungssystem gefördert werden können. Der klassische Schulunterricht bietet dafür kaum Möglichkeiten. Die zeitlichen Rhythmen sind dort fest vorgegeben, allein die von den Schülern ungeliebten Hausaufgaben erfordern zeitliche Selbstorganisation. Besonders die vielen Berliner Schulabgänger und -abgänger mit schlechten Abschlüssen gehen in Maßnahmen zur Berufsvorbereitung über und müssen in ihrem Berufsleben gering qualifizierte Tätigkeiten ausüben. Deshalb wurde für die genannte Studie das Zeitmanagement bei Teilnehmern von Maßnahmen zur Berufsvorbereitung untersucht.

In einer qualitativen Vorstudie wurde mittels Interviews das Zeitmanagementverhalten von Jugendlichen in Berufsvorbereitung typisiert und anschließend mit einer Fragebogenuntersuchung quantitativ abgesichert. Es zeigte sich, dass die Jugendlichen kein bewusstes Konzept von Zeit anwendeten. Dies war nicht überraschend, auch für viele im Berufsleben stehende Menschen ist das nicht ungewöhnlich. Wir »wissen« intuitiv, was Zeit ist, können es aber nicht erklären. Auch die soziologischen und philosophischen Begriffe davon sind so vielfältig, dass sie ganze Bibliotheken füllen. Die Jugendlichen arbeiteten in der Untersuchung mit sogenannten volitionalen Strategien, also mit solchen, die mit dem persönlichen Willen zu tun haben. Wenn sie diesen nicht aufbringen konnten, nutzten sie die Prokrastination, das Verschieben ihrer Handlungsabsicht. Dabei gab es Unterschiede in der Art der Anwendung dieser Strategien, die Rückschlüsse über das Entstehen von Zeitmanagement erlaubten. So wendeten weibliche und ältere Jugendliche

## ADRESSÄNDERUNG

Bitte teilt Adressänderungen, Änderungen beim Beschäftigungsverhältnis der Geschäftsstelle mit. Per Mail: info@gew-berlin.de, Fax: 21 99 93 50 oder per Post: GEW BERLIN, Ahornstraße 5, 10787 Berlin.

die Prokrastination seltener an und setzten sich dabei häufiger einen konkreten Zeitpunkt für die Wiederaufnahme ihrer Handlung. Dadurch sank das Risiko eines endgültigen Handlungsabbruchs. Wenn sie mit volitionalen Strategien arbeiteten, dann funktionierte der Willensakt im Hintergrund als Selbstverständlichkeit. Demgegenüber mussten sich männliche und jüngere Jugendliche häufiger zur Anwendung von Zeitmanagement zwingen. Dieser Selbstzwang erzeugte mit Frustration belastete Situationen, die eine Notwendigkeit zu immer größeren Willensanstrengungen und schließlich einen Handlungsabbruch nach sich zogen. Auch bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund zeigte sich ein abweichendes Zeitmanagementverhalten, das oft risikobehaftet war. Die Unterschiede bezüglich des Geschlechts und des Migrationshintergrundes lassen sich mit gender- und kulturell geprägten Differenzen erklären. Daraus resultieren eine andere Erwartung an den Erfolg von Zeitmanagement und ein anderer Wert, der zeitlicher Selbstbestimmung zugemessen wird. Ist dieser Wert gering und sorgen schlechte Zukunftsperspektiven für eine negative Einschätzung der Erfolgsaussichten der Handlung, dann sinkt die Motivation zur Ausübung von Zeitmanagement rapide. Zeitmanagement ist also keine »Technik«, die anhand von einigen Regeln erlernt werden kann, wie es viele Ratgeber versprechen. Vielmehr benötigen Jugendliche zeitliche Freiräume im Lernen, die es ihnen ermöglichen, eine eigene zeitliche Wertvorstellung und realistische Zukunftsperspektiven zu entwickeln und Erfahrungen im Umgang damit zu sammeln.

Stefan Dornbach

Dornbach, Stefan: *Zeitmanagement in der beruflichen Bildung. Jugendliche im Umgang mit zeitlichen Anforderungen der modernen Arbeitswelt.* Springer Verlag 2014, 49,99 Euro.

# 50 Jahre Schulspiel und Theaterpädagogik

Rückblick, Bestandsaufnahme, Ausblick, Begegnung, Austausch, Fest

von Marlies Krause, Musik- und Theaterpädagogin

**1964** legte Hans-Wolfgang Nickel an der Pädagogischen Hochschule Berlin (PH Berlin) mit ersten Theaterübungen und Spielseminaren den Grundstein für die heutige Theaterpädagogik. 1969 kam die Einrichtung des zweiten Wahlfachs Schulspiel und ab 1973 kam Hans Martin Ritter als personelle Verstärkung hinzu.

Das Symposium an der Universität der Künste Berlin (UdK) vom 20. bis 22. Juni 2014 zeichnete in einem umfangreichen Programm den Weg nach vom »Schulspiel« über die »Spiel- und Theaterpädagogik« bis zur heutigen »Theaterpädagogik«. Mit szenisch-musikalischen Präsentationen, Podiumsgesprächen und beim Austausch von »Geschichte und Geschichten der Theaterpädagogik« wurden die Bausteine und Etappen dieses Studienfachs zusammengetragen. Auch der Einfluss der unterschiedlichen DozentInnen des Instituts – Barbara Ruster, Ulrika Sprenger, Scotch Maier, Marlies Krause sowie Gäste aus dem In- und Ausland – wurde angesprochen. Und nicht zuletzt auch, wie das alles dann in die eigene Praxis umgesetzt wurde.

Ein Beispiel des »Exports« der Theaterpädagogik auch in andere Länder wurde mit der umfangreichen Publikation »Theater und community – kreativ gestalten« (kopaed, München 2014) bei einer Veranstaltung im Literaturhaus vorgestellt. Die deutsch-türkischen Kooperationen im Bereich Theaterpädagogik existieren seit 30 Jahren. Die vorgestellten Berichte geben Einblick in die binationale Zusammenarbeit, machen Mut und regen zur Nachahmung an.

Die von renommierten ExpertInnen der Theaterpädagogik und angrenzender Disziplinen vorgestellten und in Erin-



Damals und heute: Wolfgang Nickel in den 60er Jahren und heute bei der Jubiläumsfeier »50 Jahre Schulspiel.«

nerung gerufenen fachlichen und politischen Entwicklungen boten den 150 TeilnehmerInnen des Symposiums die Möglichkeit, die eigene theaterpädagogische Arbeit zu reflektieren und einzuordnen. Hier konnte man auch Impulse aufnehmen, Ideen für gemeinsame Projekte entwickeln und beim gemeinsamen Essen und Trinken das Jubiläum und das Wiedersehen mit FachkollegInnen feiern.

Das Studium Theaterpädagogik/Darstellendes Spiel an der UdK – nach Kristin Wardetzky heute verantwortet von Ulrike Hentschel und Ute Pinkert – ist praxisorientiert mit einer künstlerischen Ausrichtung. Im Zentrum der Ausbil-

dung steht die Entwicklung der individuellen theaterpädagogischen Kompetenz. Das Studium wird mit dem Master abgeschlossen. Daneben können Lehrkräfte berufsbegleitend oder als Vollzeitstudium den Studiengang zum Erwerb der Zusatzqualifikation für das Fach Darstellendes Spiel in der Schule belegen. Weitere Informationen siehe [www.udk-berlin.de](http://www.udk-berlin.de) unter »Theaterpädagogik«.

*P.S.: Von Hans-Wolfgang Nickels Engagement für das Theater mit seinen pädagogischen Herausforderungen profitieren LeserInnen der blz seit vielen Jahren in jeder Ausgabe durch seine präzisen Beschreibungen von Theateraufführungen.*

# So fing es einmal an

Das Studienfach Schulspiel an der Pädagogischen Hochschule Berlin

von Sabine Leetz, Lehrerin mit dem zweiten Wahlfach Schulspiel

Heidi Wille und ich waren die ersten – die ersten Studierenden, die vor mehr als 40 Jahren an der Pädagogischen Hochschule (PH) Berlin die Prüfung für das Fach »Schulspiel« abschließen konnten. Schulspiel? Ach ja, jenes einzigartige Fach, dem damals nur eine kurze, mehrjährige Blüte beschieden war, bevor ihm im Zuge der Reform des Lehrstudiums nach einem Jahrzehnt schon wieder der Garaus gemacht wurde. Hans-Wolfgang Nickel hatte das aus der Sprecherziehung hervorgegangene Studienfach »Schulspiel« in den Jahren seines Bestehens nach und nach zu dem entwickelt, was es Anfang der 70er Jahre für uns Studierende so reizvoll machte – zu einem Fach, das den Begriff »Spiel« in seinen weiten Bedeutungsdimensionen zu fassen suchte: als Darstellendes Spiel in Form eingeübter oder improvisierter Stücke, als Mitspiel in Form von Sprach-, Sprech-, Pausen- oder Hofspielen, und, ja, auch dem Spielen in Form des Lernspiels bis hin zum spielerischen Einüben sozialer Verhaltensweisen in der Form des Interaktionstrainings.

Die vielen unterschiedlichen Anforderungen, die der Studiengang an uns Studierende stellte, sollten direkt mit unserer späteren Praxis in der Schule zu tun haben. Die Mitarbeit an einem zu Semesterende aufgeführten Stück, zu dem wir gemeinsam Ideen und Umsetzung entwickelten, gab es schon zu Zeiten der »Sprecherziehung«. Verbindlich für das Studium wurden die Praktika mit Schülergruppen unterschiedlichen Alters, innerhalb derer wir die von uns gesammelten und bearbeiteten Spiele sowie uns selbst in der Rolle des Spielleiters ausprobieren konnten. Wir entwickelten Sequenzen zu Kinder- und Schülertheaterstücken, zeigten sie in Schulen und ließen die Schüler als Antwort auf die Frage: »Was würdet ihr davon gern im Theater sehen?« die Stücke bewerten. Wir improvisierten – nicht immer ganz ernsthaft – und setzten dabei Ele-



Damals und heute: Heidi Wille (ehemals Ortbandt) und Sabine Leetz während des Studiums und heute.

mente aus Pantomime, Maskenspiel und Sport ein. Wir konnten etliche Gelegenheiten zur Teilnahme an Theater- und Interaktionsworkshops nutzen und beackerten auf diese Weise ein breites »Spielfeld« an Möglichkeiten.

Highlights jener Zeit zu Beginn der 70er Jahre waren für uns die Theaterwork-

shops am Scheersberg, einer Jugendbildungsstätte, die uns in vielfältigen Spiel- und Improvisationsgruppen die Möglichkeit bot, mit deutschen und internatio-

naln Spielleitern zu arbeiten, mit ihnen zu diskutieren und von ihnen zu lernen. Unvergessen auch die Theaterwochen in Korbach, wo wir als Studierende nicht nur selbst auf der Bühne standen, sondern eine Woche lang jeden Vormittag ohne Leistungsdruck mit Schülern einer vierten Klasse »spielen« und all das ausprobieren konnten, was wir vorher gemeinsam entwickelt hatten.

Unsere »spielerischen« Erfahrungen während des Studiums halfen uns – Nickel sei Dank – nicht nur über den schwierigen Anfang, sondern auch immer wieder über den Alltag in der Schule hinweg. »Schulspiel«, das war ein ganz und gar schulpraktischer Ansatz, denn dass ein Lehrer – fachliche Qualifikation vorausgesetzt – gerade auch durch sein Auftreten, also durch seine Ausdrucks- und Improvisationsfähigkeit mit Sprache und Körper Kinder und Jugendliche zu gewinnen vermag, ist unbestritten. Und das gilt noch heute. ■

**»Unsere ›spielerischen‹ Erfahrungen während des Studiums halfen uns über den schwierigen Anfang und immer wieder über den Alltag in der Schule hinweg.«**

shops am Scheersberg, einer Jugendbildungsstätte, die uns in vielfältigen Spiel- und Improvisationsgruppen die Möglichkeit bot, mit deutschen und internatio-



Das Stück »1848 – Die Geschichte von Jette und Frieder« nach dem gleichnamigen Buch von Klaus Kordon spielt das GRIPS-Theater. Mit Regine Seidler (hinten mit Mütze), Paul Jumin, Maria Perlick, Kilian Ponert und Alessa Kordeck.

FOTO: DAVID BALTZER/BILDBUEHNE.DE

## AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Gedenken an den Ersten Weltkrieg, aber auch 75 Jahre Zweiter Weltkrieg, 70 Jahre Landung der Alliierten in der Normandie haben das Thema Krieg in vielfacher Weise für die Berliner Theater zur Aufgabe gemacht; dazu kamen die bedrückenden aktuellen Entwicklungen. **Strahl** wählte mit dem Buch »Krieg« der in Berlin lebenden Dänin Janne Teller einen besonderen Zugang. Wir sind in Deutschland; wir, die Zuschauer, leben im Krieg; wir werden verfolgt; wir, die Zuschauer, müssen in ein fremdes Land flüchten; wir sind unwillkommen, sind in Not. So ergeht es uns in dem Gedankenexperiment »Krieg. Stell dir vor, er wäre hier«. Geschrieben ist die Geschichte von Vertreibung und Flucht in einer distanzierenden, das Publikum jedoch immer wieder ansprechenden, einbeziehenden Möglichkeitsform. Verblüffend und faszinierend auch die aus

dem Buch entwickelte Aufführung; mit wenigen Requisiten führt sie aus der bürgerlich-heimeligen Anfangssituation hinein in Zerstörung und Chaos, zwingt Mann und Frau in Not, Verfolgung, Flucht, Verzweiflung. Bei aller epischen Distanzierung (»stell dir vor«) werden Publikum wie Bühne samt ihrer Ausstattung mit hineingenommen in Kriegsgeschehen und Flüchtlingsdasein. Ein Monitum: Der Abstieg ins Elend hat, denke ich, zu viele Stationen; die Botschaft ist klar; noch eine weitere Wiederholung ermüdet, stumpft ab; die Aufführung hätte größere Wirkung, wenn sie kürzer wäre (ab 13).

»1848 – Die Geschichte von Jette und Frieder« im **Grips** Theater ist eigentlich ein historisches Stück. Es erzählt die Berliner Unruhen von 1847 und die Märzrevolution von 1848 – allerdings aus der Perspektive ei-

nes jugendlichen Liebespaares. Damit weckt Grips das Interesse seines Publikums; die ständige Verbindung von Privatem und Öffentlichem, von Persönlichem und Politischem hält das Interesse wach. Zumal der gänzlich unpolitische verliebte Zimmermannsgeselle Frieder durch seine Erlebnisse mehr und mehr versteht, was teure Kartoffeln mit sozialen Verhältnissen und staatlicher Verfassung zu tun haben. So wird auch das Publikum in den historisch-politischen Lernprozess mit hineingenommen. Und dann doch kein rein historisches Stück. Denn immer wieder werden die gesellschaftspolitischen Fragen durchsichtig gemacht auf unsere Gegenwart – in direkten, pointierten Ansprachen an das Publikum. Da ist es dann beileibe keine Geschichtslektion mehr über ferne Ereignisse der preußisch-deutschen Geschichte. »1848« wird zu einer lebendigen Auseinandersetzung mit Gegenwart: zu tun ist, was gemacht werden kann, was möglich ist oder möglich sein sollte. Also können die Jugendlichen mit ihrem eigenen Gerechtigkeits- und Freiheitssinn weiterdenken und eigene Zukunftsvorstellungen entwickeln. Überdies aber bleibt »Die Geschichte von Jette und Frieder« immer auch die Darstellung einer spannenden, berührenden Geschichte mit überraschenden Einblicken in vielfach fremde, ungewöhnliche Lebensformen (ab 13, so die Ankündigung des Grips-Theaters; inzwischen wohl korrigiert: ab 14; ich würde eher denken, ab 15!).

Hans-Wolfgang Nickel

## THEATER

### Konflikte szenisch aufarbeiten

Der Kurs vermittelt Einblicke in die Vielfalt theaterpädagogischer Methoden zur Gewaltprävention und Konfliktklärung. Grundlage sind szenische Vorlagen aus dem Spielplan von **Theater Strahl**, die Konflikte und Eskalations-

Situationen im Umfeld von Kindern und Jugendlichen thematisieren. Es werden verschiedene Lösungssätze spielerisch und sinnlich-kreativ erprobt und im Hinblick auf ihre Umsetzung in die konkrete Konfliktsituation reflektiert. Termine: Jeweils am Dienstag am 18./25. November 2014 und am 2. Dezember 2014 von 15 bis 18 Uhr und ein Theaterbesuch nach Absprache. Bei notwendiger Unterrichtsbefreiung ist der Antrag auf Freistellung zusammen mit einer Kopie des Anmeldeformulars auf den Dienstweg zu geben. Leitung: Ursula Jenni. Ort: STRAHL Probenbühne, Kyffhäuser Str. 23, Berlin-Schöneberg. Infos und Anmeldung bis zum 28. Oktober: [030] 695 99 222 oder strahl@theater-strahl.de

## AKTIVITÄTEN

### Fahrrad-Ausstellung in Hamburg

Noch bis zum 1. März 2015 ist die im Mai 2014 eröffnete Ausstellung »Das Fahrrad. Kultur, Technik, Mobilität« zu sehen. Die Schau zeigt auf 650 qm Ausstellungsfläche und anhand von über 100 Fahrrad-Ikonen der letzten 200 Jahre die technische Entwicklung, das Design, die vielfältigen Fahrradszenen sowie Mobilitätsaspekte der Gegenwart und Zukunft. Ob als Teil des urbanen Lebensstils und als modisches Lifestyle-Produkt oder als kostengünstige und gesundheitsfördernde Alternative auf dem Weg zur Arbeit, das effizienteste von Muskelkraft angetriebene Fortbewegungsmittel der Welt ist Statussymbol, Hoffnungs-

BESUCHT DAS  
**Anti-Kriegs-Museum**  
IN BERLIN-WEDDING  
BRÜSSELER STR. 21  
(NAHE U-BAHNHOF AMRUMER STR.)  
TEL.: 454 90 110  
GRUPPENBETREUUNG nach VEREINBARUNG  
TEL.: 402 86 91  
TÄGLICH GEÖFFNET  
von 16.00 - 20.00 UHR

*Eintritt frei*



träger für Verkehrs- und Stadtplaner sowie Herausforderung bei der Neuordnung des städtischen Raums zugleich. Wer in der Ausstellung Rad fahren will, hat die Wahl zwischen einer gesicherten Hochrad-Station, einem Fahrrad-Ergometer mit Simulation oder dem Fahrrad-Parcours, bei dem an jedem 2. und 4. Sonntag im Monat historische und aktuelle Fahrräder auf dem Museumshof Probe gefahren werden können. Zur Ausstellung ist der Katalog »Das Fahrrad. Kultur, Technik, Mobilität« erschienen: Mario Bäumer/Museum der Arbeit (Hg.), 200 S., Hardcover, mit ca. 250 Farbbildungen ISBN 978-3-88506-041-3, 24,90 Euro. Bestellung unter Tel. 040 428 133 0

#### **Audioführung über jüdische Geschichte auch für Smartphones und Tablets**

Bereits seit fünf Jahren liegt die Audioführung HÖRPOL kostenlos im Internet auf [www.hoerpol.de](http://www.hoerpol.de) zum Download bereit. Über 3.000 BesucherInnen pro Monat verzeichnet die Homepage im Durchschnitt. 27 Audio-Stationen können auf MP3-Player und Handys geladen werden. Dazu eine Stadtkarte, auf der die Hörstationen markiert sind und begleitende Unterrichtsmaterialien für alle Schultypen ab Klasse neun bis zum Abitur. HÖRPOL kann nun auch direkt auf Smartphones und Tablets genutzt werden, kostenlos, erreichbar über [hoerpol.de](http://hoerpol.de) oder QR-Code. Auf einer eigenen HÖRPOL-Karte wird zwischen den Hörstationen GPS-gestützt Orientierung angeboten. 2010 erhielt HÖRPOL den »Deutschen Bildungsmedienpreis digita« und 2012 eine Nominierung für den »BKM-Preis Kulturelle Bildung« als »hervorragendes, modellhaftes Projekt der künstlerisch-kulturellen Vermittlung«.

#### **Kunstauktion zugunsten von Migranten und Flüchtlingen**

Seit vielen Jahren veranstaltet die Evangelische Kirche eine Kunstauktion zugunsten von Projekten für Migranten und Flüchtlinge in der *Kirche zum Heiligen Kreuz*. In diesem Jahr wird die 19. Kunstauktion am 12. Oktober 2014, 14 Uhr, unter der Schirmherrschaft von Axel Prahl und Bischof Dr. Marcus Dröge stattfinden. Der Spendenaufruf und weitere Informatio-

nen zur diesjährigen Kunstauktion sind zu finden unter [www.kunstauktion.ekbo.de](http://www.kunstauktion.ekbo.de)

#### **Wettbewerb Demokratisch Handeln**

Der Wettbewerb Demokratisch Handeln wird seit 1989 für alle allgemeinbildenden Schulen und Projektgruppen freier Träger in Deutschland ausgeschrieben. Mit der Aufforderung »Gesagt! Getan: Gesucht werden Beispiele für Demokratie. In der Schule und darüber hinaus« sollen schulische Gruppen angesprochen, insbesondere aber SchülerInnen zum Mitmachen gewonnen werden. Bis zum 30. November jeden Jahres können die Beiträge eingereicht werden. Im Frühsommer des Folgejahres werden etwa 40 Projekte zur Teilnahme an der »Lernstatt Demokratie« ausgewählt. Dort können SchülerInnen ihre Ergebnisse präsentieren und an Themen und Formen demokratischen Engagements arbeiten. Ansprechpartnerin für Projektgruppen in Berlin ist Hella Sobottka, Regionalberaterin, Tel.: 90227 5972, [sobottka@demokratisch-handeln.de](mailto:sobottka@demokratisch-handeln.de). Weitere Infos: [www.demokratisch-handeln.de](http://www.demokratisch-handeln.de)

#### **MATERIALIEN**

##### **Beiträge aus der sozialpädagogischen Arbeit**

Im Dohrmann Verlag Berlin erscheint im zweiten Jahrgang die Zeitschrift »Beiträge aus der sozialpädagogischen Ausbildung«, in der für die Veröffentlichung überarbeitete Abschlussarbeiten von Studierenden der sozialpädagogischen Studiengänge erscheinen. Bezug nur direkt über den Verlag. Weitere Infos: [www.dohrmann-verlag.de](http://www.dohrmann-verlag.de)

##### **Berufsberatung für Frauen**

Unter dem Titel »Ist Beratung für Frauen zu Beruf, Bildung und Erwerbsarbeit heute noch zeitgemäß? Übergangsrisiken im Erwerbs- und Lebensverlauf von Frauen. Anforderungen an eine am Bedarf orientierte Beratung in Berlin« fand am 13. Februar 2014 eine von der Beratungseinrichtung KOBRA Beruf | Bildung | Arbeit organisierte Fachtagung statt. Wissenschaftlerinnen nahmen ausgewählte Übergänge im Berufsleben von Frauen in den Blick und zeigten, wie eine sozialpolitisch orientierte, aktive

# Extra Buch

## VIELSEITIG UND MIT REDUZIERTEN PREISEN

z.B. zu Geschichte, Politik, Literatur, Kunst, Sprachen, Lernhilfen...

Mehringdamm 66  
10961 Berlin  
030/789 51 797

Mo-Fr 10-20 Uhr  
Sa 10-18 Uhr  
[extrabuch@t-online.de](mailto:extrabuch@t-online.de)



#### **Schülermediationsausbildung**

nach Standards des Bundesverbandes BM

[mediation-in-diversity@gmx.info](mailto:mediation-in-diversity@gmx.info)  
S. Kanis 030 / 33 98 81 51



#### **Institut für Gruppendynamik**

#### **Supervisionsgruppen**

für Lehrerinnen und Lehrer

Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)

Kantstr. 120/121, 10625 Berlin

☎ 313 28 93 e-mail: [DAPBerlin@aol.com](mailto:DAPBerlin@aol.com)

#### **SUPERVISIONSGRUPPE**

FÜR LEHRER/INNEN HAT

NOCH FREIE PLÄTZE

INFO: INA KAUFMANN

DIPL.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSv)

TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL:

[KAUFMANN.INA@WEB.DE](mailto:KAUFMANN.INA@WEB.DE)

#### **THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN** *Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance* **Fortbildungen 2014**

- Gekonnter Smalltalk / Clever Kontern
- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- The Vocal Project - Improvisation und Singen
- Rhetorik, Stimm- und Sprechtraining
- Interkulturelle Kommunikationskompetenz
- Dialog-Kompetenz – gemeinsam denken und handeln!

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.  
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77  
[www.communication-academy.org](http://www.communication-academy.org)

# 7xjung

Dein Trainingsplatz  
für Zusammenhalt  
und Respekt

DIE AUSSTELLUNG  
VON GESICHT ZEIGEN!

7xjung bietet  
emotionale Zugänge  
zur Beschäftigung  
mit der NS-Zeit und  
mit Zivilcourage heute.  
Denn: Everybody can  
be a Change Agent.

direkt am S-Bahnhof »Bellevue«  
nur 1 Station vom Hbf entfernt  
[www.7xjung.de](http://www.7xjung.de) 030 3030 808 25

Workshops für  
Schulklassen von  
Jgst. 5 bis 12

zu Diskriminierung,  
Antisemitismus,  
Respekt, Identität  
und Demokratie in  
der Einwanderungs-  
gesellschaft



Ausrichtung auf Lebenslaufpolitik dazu beitragen kann, Risiken im Erwerbs- und Lebensverlauf zu minimieren. Die TeilnehmerInnen diskutierten Schlussfolgerungen für eine zeitgemäße Konzeption lebensbegleitender Beratung für Frauen zu beruflichen Übergängen. Derzeit erarbeitet eine Expertinnengruppe, die sich aus Beraterinnen, den Beauftragten für Chancengleichheit der Berliner Jobcenter, Vertreterinnen von Frauenorganisationen sowie der Berliner Verwaltung zusammensetzt, auf der Basis der Ergebnisse der Tagung Empfehlungen zur politischen Gestaltung lebensbegleitender Beratung. Eine ausführliche Dokumentation aller Rede- und Diskussionsbeiträge der Tagung ist unter [www.kobra-berlin.de/doku-fachtagung](http://www.kobra-berlin.de/doku-fachtagung) zu finden.

KOBRA (Koordination und Beratung zu Beruf, Bildung, Arbeit) ist eine Beratungsorganisation für Frauen und Unternehmen. Seit der Gründung 1988 durch den Berliner Frauenbund 1945 e.V. engagiert sich KOBRA für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen und für mehr Chancengleichheit im Erwerbsleben.

#### Böckler Schule News

Böckler Schule News informiert über das aktuelle Angebot von »Böckler Schulex«, dem Lehrer-

portal zur sozioökonomischen Bildung der Hans-Böckler-Stiftung. Über die Homepage kann man den Newsletter bestellen. Neu erschienen ist beim Schulservice der Stiftung das Themenheft *Soziale Sicherung*. Es behandelt Aktivierungstrends in der sozialen Sicherung. Untersucht werden dabei die Politikbereiche Arbeitsmarkt, Familie und Rente: Waren die Hartz-IV-Reformen ein Erfolg? Welche Ziele kann und soll Familienpolitik verfolgen? Reicht die kollektive Vorsorge? Das 60seitige Heft ist online abrufbar und als Printprodukt bestellbar – auch im Klassensatz. Ebenso gibt es eine neue Unterrichtseinheit »Braucht Deutschland eine Geschlechterquote?«. Frauen in Führungspositionen großer Unternehmen sind immer noch rar. Die Initiative von Bundesministerin Schwesig will Abhilfe schaffen: Bis 2016 sollen mindestens 30 Prozent der Aufsichtsräte von voll mitbestimmten börsennotierten Unternehmen von Frauen besetzt sein. Quote ja oder nein? Mit dieser Frage setzt sich die Unterrichtseinheit auseinander. Beides gibt es auf [www.boeckler-schule.de](http://www.boeckler-schule.de)

#### Glaubensfragen. Religionen in der Kinder- und Jugendliteratur

Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift »JuLit« befasst sich im Schwerpunktteil mit Weltreligionen, Jenseitsvorstellungen und

Gottesbildern in der Kinder- und Jugendliteratur. Hierzulande löst sich die eigene Religiosität zunehmend von der Institution Kirche, sie ist vielfältig und individuell. Dass Kinder und Jugendliche in Glaubensdingen bewandert sind, kann daher nicht mehr vorausgesetzt werden. Gleichzeitig wenden sich Kinder- und Jugendbuchautoren dem Thema verstärkt zu. Sie zeigen, auch ohne religiöses Vokabular kann man sich mit religiös-philosophischen oder existenziellen Fragestellungen auseinandersetzen. Herausgegeben vom Arbeitskreis für Jugendliteratur. Das Einzelheft kostet 9,50 Euro und kann bestellt werden unter [www.jugendliteratur.org](http://www.jugendliteratur.org)

#### SENIORINNEN

Die Veranstaltungen der Seniorinnen sind offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste!

**GEW-Chor:** 22.10. um 17 Uhr im GEW-Haus, Ahornstr. 5, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

**GEW-Singkreis:** 15.10. und 29.10. jeweils um 17 Uhr im GEW-Haus, Ahornstr. 5, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

**GEW-Stammtisch für RuheständlerInnen:** 22.10. von 14.30 bis 16.30 Uhr im »Ulrichs – Café, Küche und Kultur« in der Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 11 (ehem. Einemstraße)/Eingang Ahornstr., Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

#### Landesseniorenausschuss:

15.10. um 11 Uhr im GEW-Haus, Ahornstr. 5

**Junge Alte in der GEW:** 21. Oktober 2014: Führung durch den Jüdischen Friedhof Weißensee, Treffpunkt: 11 Uhr am Haupteingang, Herbert-Baum-Str. (Anfahrt mit Tram M4 oder M13 bis Albertinenstr., ab da 500 m Fußweg). Männer müssen eine Kopfbedeckung tragen; notfalls kann eine Kippa ausgeliehen werden. Kontakt: Monika Falkenhagen, Tel. 891 69 25

#### BSA Lichtenberg

14. Oktober 2014: Spaziergang im Tiergarten. Auf dem Parkweg zum Kanal besichtigen wir das Gaslaternen-Museum im Freien. Weiter geht es zu den Gedenktafeln für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Treffpunkt: 10

Uhr auf dem Bahnsteig des S-Bahnhofes Tiergarten. Kontakt: Elke Sabrowski Tel. 511 58 26

#### BSA Kreuzberg

Oktober 2014: Geplant ist ein Besuch im Zuckermuseum oder des Medizinisch-historischen Museums in der Charité. Kontakt: Harald Berger, Tel. 555 63 60

#### BSA Pankow

21. Oktober 2014: Es duftet nach Kaffee in der Berliner Kaffeerösterei in der Uhlandstr. 173/174 in Charlottenburg. Wir wollen ihn schmecken und dabei sein, wenn die Röstmaschine bedient wird. Treffpunkt 10.45 Uhr vor dem Haus, Fahrverbindung: U1 bis Uhlandstr. Kontakt: Frau Slatteff, Tel. 986 48 37

#### INTERNET

[www.fairbindung.org/bildung-aktuelleprojekte/endlichwachstum](http://www.fairbindung.org/bildung-aktuelleprojekte/endlichwachstum) Umsonst und nicht von Lobbyisten gibt es Bildungsmaterialien zum Thema Alternative Formen des Wirtschaftens. Der gemeinnützige Verein Fair-Bindung e.V. setzt sich ein für eine nachhaltige, solidarische und global gerechte Gesellschaft weltweit. Die Bildungsarbeit mit jungen Menschen sowie der Import und Verkauf von hochwertigem fair gehandeltem Bio-Kaffee sind dabei zwei Aktionsfelder des Vereins. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt dabei in der Auseinandersetzung mit alternativen Formen des Wirtschaftens, nachhaltigem Konsum und fairem Handel.

<http://li.hamburg.de/publikationen/4329722/sexualerziehung-in-der-schule/> Das Hamburger Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) hat im März 2014 zum Thema »Akzeptanz sexuelle und geschlechtliche Vielfalt« die Broschüre »Erfahrungsberichte und Strategien für Schulen« herausgebracht. Die Broschüre gibt es nur als Download. Weitere Broschüren zum Thema auf der Homepage des LI.

#### Neues Online-Portal für Einsteigende ins Lehramt:

Das Portal richtet sich schwerpunktmäßig an »QuereinsteigerInnen«, bezieht aber die grundständig ausgebildeten LehramtsanwärterInnen mit ein. [bildungsserver.berlin-brandenburg.de/einsteig-into-lehramt.html](http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/einsteig-into-lehramt.html)

#### ANZEIGEN

**MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE**

von 8 - 74 Sitzplätzen mit  
Aircondition, Video, Küche, WC,  
Tel., Skikorb, Fahrradanhänger  
Ihr Partner mit über 20 Jahren  
Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal  
mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

**PRIMA KLIMA REISEN**  
[www.primaklima.de](http://www.primaklima.de)  
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · [pk-r-bus@bln.de](mailto:pk-r-bus@bln.de)

#### LockeToursBerlin

Abruzzen im Herzen der Natur ab 645 EUR  
Natürliche Emotionen auch für Familien  
Baltische Länder per Rad ab 1295 EUR  
Korsika GR20 Wanderung ab 1280 EUR  
Flüge und Fähren - weltweit und preiswert!

#### www.locketours.de

Lefevrestr. 21 Tel. (0 30) 8 52 30 30  
12161 Berlin e-Mail: [info@locketours.de](mailto:info@locketours.de)

#### Buttonmaschinen, Material und mehr:

#### www.shop.graph-druckula.de

Graph Druckula GmbH · Tel. 69401620 · Mo-Fr 10-17 Uhr

**BUSART-TOURS** GmbH

...das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!

Busvermietung: **Tel. +49/30/303083-0**

Albrechtstr. 138-140 • 12099 Berlin [www.busart-tours.de](http://www.busart-tours.de)  
Fax: +49/30/30 30 83-55 [info@busart-tours.de](mailto:info@busart-tours.de)

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**  
Free Call

Wie vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.

**Beamtendarlehen / Akademikerdarlehen**  
**4,50%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**AK FINANZ**  
Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Fax: (0621) 178180-25  
Info@AK-Finanz.de  
[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

**\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.**  
Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Solzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sonderkündigung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

# KLASSENREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

- Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab EUR 235,-
- Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab EUR 220,-
- Oder Österreich...Holland...Frankreich...Kroatien...Deutschland
- Städtereisen: Berlin, München, Hamburg, Köln, Dresden, Weimar, Freiburg
- Amsterdam, Brüssel, Paris, London, Straßburg, Wien, Krakau, Rom, Prag...

✈ Günstige Flugreisen in viele europäische Metropolen...

**Tel. 030/3030836**

KLASSE REISEN GmbH • [www.klasse-reisen.com](http://www.klasse-reisen.com) • [mail@klasse-reisen.com](mailto:mail@klasse-reisen.com)

**Von hier an ...**  
**... geht es aufwärts!**

**Klinik am Leisberg**  
BADEN-BADEN

Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der Rahmen für unser erfolgreiches Therapieangebot in freundlicher Atmosphäre. Hier werden Sie sich wohlfühlen und gesund werden!

**Indikationen:**  
Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Essstörungen, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen

**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen, Beihilfe

Privatklinik für psychologische Medizin. Akutaufnahme möglich, wir beraten Sie gern!  
Gunzenbachstraße 8 · 76530 Baden-Baden · Telefon 07221 / 39 39 3-0  
Fax 07221/39 39 3-50 · [www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de) · [info@leisberg-klinik.de](mailto:info@leisberg-klinik.de)



**Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen**

Dienstunfähigkeitsversicherung  
Berufsunfähigkeitsversicherung

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld!

Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort: Fordern Sie Ihr Angebot unter Telefon 030 21302197 bei Frau Hofmann an.

**HUK-COBURG**  
**Geschäftsstelle Berlin**  
Marburger Straße 10  
10914 Berlin

Versicherungsschutz bis 67 möglich!

2% Nachlass bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung für Mitglieder der  
**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**

**HUK-COBURG**  
Aus Tradition günstig

13. OKT.	19.00 Uhr	Junge Alte: Literaturkreis	Raum 300
14. OKT.	19.00 Uhr	Abteilung Berufsbildende Schulen	Raum 33
	19.00 Uhr	AG Schwule Lehrer	Raum 34
	19.00 Uhr	LAMA	Raum 47
15. OKT.	11.00 Uhr	Landesseniorenausschuss/Junge Alte	Raum 32
16. OKT.	16.30 Uhr	Sprecherinnenrat/LAFP	Raum 300
	18.00 Uhr	FG Schulsozialarbeit	Raum 32
	18.00 Uhr	Kita-AG	Raum 33
30. OKT.	16.00 Uhr	AG Jugendliteratur	Raum 47
04. NOV.	17.00 Uhr	LDV-Delegierte Abt. Wissenschaft	Raum 33
	17.00 Uhr	AG Inklusion	Raum 300
05. NOV.	17.30 Uhr	FG Grundschulen/Sonderpädagogik	Raum 300
10. NOV.	19.00 Uhr	Junge Alte: Literaturkreis	Raum 300
11. NOV.	19.00 Uhr	LAMA	Raum 33
12. NOV.	17.00 Uhr	AG Frieden	Raum 47

**INFO-VERANSTALTUNG: QUEREINSTIEG UND BERUFSBEGLEITENDES REFERENDARIAT**

Wir informieren über die Chancen und Risiken eines Quereinstiegs, geben Tipps zur Bewerbung und zum berufsbegleitenden Referendariat und stehen für Fragen zur Verfügung: Bewerbungs- und Auswahlverfahren; Einstellungsbedingungen (Arbeitszeit, Bezahlung); Ablauf, Struktur. **Dienstag, 21. Oktober 2014 um 17 Uhr** im GEW-Haus am Nollendorfplatz. Wir bitten um Anmeldung bis 10. Oktober an [info@gew-berlin.de](mailto:info@gew-berlin.de)

**INFO-VERANSTALTUNG ZUM REFERENDARIAT FEBRUAR 2015**

Über die aktuelle Einstellungssituation, das Auswahlverfahren, über die Neuregelungen und die modularisierte Ausbildung und weitere wichtige Fragen. **Montag, 10. November 2014 um 17 Uhr** im GEW-Haus am Nollendorfplatz. Das Referendariat im Internet: [www.gew-berlin.de/referendariat.php](http://www.gew-berlin.de/referendariat.php)

**FACHGRUPPE GYMNASIEN**

Unser nächstes Treffen findet **Donnerstag, 15. Januar 2015 um 18.30 Uhr** statt. Den Ort bitte erfragen über: [nele.althoff@gew-berlin.de](mailto:nele.althoff@gew-berlin.de)

GRAFIK: FREIMUT WOESSNER

